

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Breslau, Dienstag, 14. Februar 1893.

4. Jahrgang.

## Die Geistesnahrung der Gewerksvereiner.

B. G. Es ist dem Schreiber dieser Zeilen eine Anzahl Nummern des „Regulator“ zugesandt worden, jenes Organs des Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder'scher Richtung), welches bekanntlich in Berlin erscheint und von dem Vorsitzenden des genannten Gewerksvereins, Hugo Kamin, redigiert wird.

Die Einsender gehen von der Ansicht aus, daß der „Regulator“ weit davon entfernt ist, die Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen und ihre Interessen in irgendwie ausreichender Weise zu vertreten. Sie fragten an, durch welches ein anderes Blatt sie versuchen sollten, den „Regulator“ zu ersetzen. Es ist das ein sprechender Beweis dafür, daß es unter den deutschen Arbeitern, insbesondere auch den Metallarbeitern, noch weit gezogene Kreise giebt, die von der Bedeutung und den Zielen der Arbeiterbewegung sehr wenig wissen.

Bei solchen Arbeitern und in solchen vom Weltgetriebe fernabgelegenen Gegenden blüht gegenwärtig noch der Weizen der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, und es ist hohe Zeit, daß die nach höheren Zielen strebenden Arbeiter-Organisationen in die düsteren Werkstätten noch öfter als bisher hineinschleuchten.

Die Einsender des „Regulator“ hatten Recht: dieses Organ des Gewerksvereins der deutschen Metall- und Maschinenbauarbeiter, das in einer Auflage von 23500 Exemplaren erscheint, ist von einer verblüffenden Geistesarmuth.

Die eine der uns vorliegenden Nummern, die Nummer 1 des eben begonnenen Jahrganges, bringt eine Ansprache des Generalraths des Gewerksvereins,

die unterzeichnet ist von dem genannten Vorsitzenden, von dem Generalsecretär des Generalraths und von dem Schatzmeister desselben — alles mit gewichtigen Titeln ausgestattete Personen.

Ein inhaltsleeres Gerede, als diese langathmige Ansprache enthält, kann man sich kaum denken. Die einzige positive Thatsache, welche da mitgetheilt wird, besteht in der Versicherung, daß der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, nachdem derselbe im Jahre 1891 einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen hatte, im Jahre 1892 wiederum um rund 700 Mitglieder gewachsen sei, was der regen Agitation vom Sommer vergangenen Jahres zu danken sei.

Der folgende Absatz betont, daß das alle Jahr in keiner Weise den Mitgliedern des Gewerksvereins irgend welchen Vortheil gebracht habe, und daß auch wenig Aussicht vorhanden sei, es könne im neuen Jahre „viel besser“ werden.

Nach der trübseligen Versicherung aber, daß es nicht „viel besser“ zu werden den Anschein hat, fahren die Generale des Gewerksvereins naïv fort: „hoffen wir jedoch das Beste“, und echt basenfüßig zugleich fügen sie hinzu: „verlieren wir den Muth nicht.“

Und dann geht es ganz inhalt- und gedankenlos weiter: „Werthe Genossen, wir kennen uns seit langen Jahren, wir wissen, was wir von einander zu halten haben! Wir bringen Euch keine große Phrasentingelei von empfindlichen Festbetrachtungen, wir haben die Aufgabe, Euch immer wieder von Neuem daran zu erinnern, daß wir Arbeiter uns auf Niemand anders als auf uns selbst verlassen dürfen, wir machen es uns zur Aufgabe, Euch immer wieder zu mahnen, wenn unser Gewerksverein eine wirklich führende Rolle in der Arbeiterbewegung übernehmen soll, so muß er noch sehr stark wachsen, sehr viel zunehmen an Ausbreitung und

Mitteln, um immer größere Thätigkeit entfalten zu können!“

Nur zwei Gedankenspielen, die einigermaßen der Rede werth erachtet werden können, sind in diesem ziemlich langathmigen Satze enthalten, und der eine davon enthält eine Heuchelei, während der andere dazu angethan ist, bei dem Sachkenner mitleidiges Lächeln zu erregen.

„Wir“, das heißt die Führer der Gewerksvereine, behaupten die Aufgabe zu haben, „Euch“, das heißt die Mitglieder der Gewerksvereine, daran zu erinnern, daß „wir Arbeiter uns auf Niemand anders als auf uns selbst verlassen dürfen.“ Dabei verlassen sich nicht nur die Herren Kamin u. s. w. auf Herrn Dr. Max Hirsch, sondern sie werden von ihm wie die Motionetten geleitet, an politischer Selbstständigkeit und sogar an Selbstdenken nach Möglichkeit gehindert. Dr. Max Hirsch aber ist mit seinem ganzen Können und Denken ein sehr untergeordnetes Mitglied der freisinnigen Partei, desgleichen parlamentarischer Vertreter dieser politischen Partei und dann erst in zweiter Linie und wieder sehr nebenbei Vertreter der Gewerksvereine. Die freisinnige Partei jedoch ist der linke Flügel jener großen liberalen Partei, der Partei des eigentlichen modernen Capitalismus, die bei den Freiconservativen und den Nationalliberalen, den Frankenberg und Bennigsen auf der Rechten beginnt und mit den Fortschrittler und Volksparteilern, den Richter und Payer auf der Linken, aufhört.

Die Gewerksvereiner haben sich ihren wirtschafts-politischen Feinden anvertraut und die Gewerksvereinsführer spielen die angenehme Rolle der Schäferhunde, welche dafür zu sorgen haben, daß die Lämmer nicht aus dem Stalle des Wolfes entfliehen können.

## Feuilleton.

### Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von H. Geisel.

16]

Nachdruck verboten.

Jetzt fühlte Folly sich verletzt. „Was nützt das Geld, wenn man's nicht ausgiebt?“ meinte sie stirnrunzelnd.

„Nun, ich muß gestehen, daß Sie sich auf's Ausgeben verstehen,“ entgegnete Herr Soans nicht ohne Vorwurf.

„Das will ich hoffen!“ versetzte Folly stolz.

Der Herr, welcher vorhin mit dem Pächter gesprochen, hatte diese Unterhaltung mit größtem Behagen gelauscht; jetzt zog er sein Visitenkarten- Etui aus der Tasche und schrieb eine Zeile auf eine Karte, worauf er sich an Folly wandte:

„Kennen Sie ein anständiges Geschäft, wo man Kleider kaufen kann?“

„O ja; in Piccabilly in der Nähe des Circus ist ein sehr gutes Geschäft für dergleichen.“

„Ah richtig — Sie sprechen von der Firma Soan u. Edgar.“

„Ich habe dort ein sehr schönes seidenes Tuch für ein Pfund Sterling gekauft.“

„Ich sollte denken, daß das Tuch zu diesem Preise hübsch sein kann!“ meinte der Edelmann lächelnd.

„Also machen Sie uns das Vergnügen, nochmals in jenes „gute“ Geschäft zu gehen und sich dort für meine Rechnung eine schöne Toilette zu kaufen. Hier ist meine Karte, welche Sie im Geschäft abgeben wollen.“

„Ich danke,“ sagte Folly kühl, indem sie sich zum Gehen wandte.

„Ehe ich mir eine neue Toilette schenken und mich dafür auslachen lasse, trage ich lieber meine alten Sachen weiter!“

Und mit einer würdevollen Verbeugung ließ Folly die Herren stehen und entfernte sich. Der Edelmann indes eilte ihr nach und sagte sanft:

„Verzeihen Sie mir — ich wollte Sie nicht kränken; ich kam express hierher, um ihnen zu sagen, wie unvergleichlich schön Sie am heutigen Abend getanz haben.“

Diese Worte besänftigten Folly sofort und als der Fremde ihr nochmals die Karte bot, und sie ersuchte, sich einige hübsche Toiletten anzuschaffen, weigerte sie sich nicht länger.

Als sie dem Portier die Karte vorwies und ihn fragte, wieviel dieser Check werth sei, erklärte er ihr, unter Umständen könne eine solche carte blanche einen großen Betrag bedeuten, und sie sei ein Glückskind.

Folly hat die Costümschneiderin, sie zu Soan und Edgar zu begleiten und hier suchte sie sich zwei eben so kostbare als schöne Toiletten aus.

Die Schneiderin hielt es doch für gerathen, anzudeuten, der Preis könne dem Herrn vielleicht zu hoch sein; doch da lachte Folly hell auf und meinte, wenn man Jemandem eine Freude machen wolle, sei der Preis Nebensache.

So wurden denn die Toiletten eingepackt und Folly zugeschickt — die Rechnung aber, die der Edelmann erhielt, ließ diesen Herrn den Entschluß fassen, in Zukunft vorsichtiger zu sein, wenn er wieder einer hübschen jungen Tänzerin carte blanche zu geben sich versucht fühlen sollte.

Die Schneiderin war Folly unendlich sympathisch, und so schlug sie ihr vor, gemeinschaftlichen Haushalt zu führen, auf welchen Plan Frau Elip sehr gern einging.

Die eleganten Toiletten zogen eine Masse von Ausgaben für Stiefel, Handschuhe u. s. w. nach sich und als Folly zum ersten Mal in vollem Glanz ausging, hatte sie etwa fünfzehn Pfund Sterling Schulden.

Dieser Umstand indes machte ihr keine Sorgen; sie wurde allgemein bewundert, und sobald sie wieder ihren Gehalt bekam, konnte sie ihren Verpflichtungen gerecht werden.

Hatte doch Herr Soans ihren Gehalt schon nach Ablauf der zweiten Woche verdoppelt.

Sie bildete den Hauptanziehungspunkt in dieser Saison und Herr Soans war klug genug zu wissen, daß er nur Folly diesen Erfolg, der seine Kasse schwellte, zu danken hatte. . . .

Folly's kleiner Salon entbehrte nie des Blumen-

Und die „wirklich führende Rolle, die unser Gewerksverein in der Arbeiterbewegung einnehmen soll“ — Du lieber Himmel! — Ist auch nur ein einziger Mensch im Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter so naiv und so unwissend, daß er an die entfernte Möglichkeit glaubt, nicht nur dieser, sondern alle Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine zusammengerommen könnten eine irgendwie bedeutende Rolle, von der führenden ganz abgesehen, in der großen, so gewaltig angeschwollenen Arbeiterbewegung Deutschlands, Europas und der Culturwelt sich erringen? Die Arbeiterbewegung schlechthin ist — man frage die Männer der Wissenschaft, welche den Gewerksvereinen noch besonders wohlgesinnt sind und sie im capitalistischen Interesse möglichst weit verbreitet sehen möchten, die Herren Brentano, Schulze Gavernitz, Herker u. c. — die Arbeiterbewegung ist international, ihre Glieder und Gruppen reichen sich von Land zu Land die Hand, von nationaler Beschränktheit ist bei ihr gar keine Rede mehr und die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine sind deutsch und schmachten höchstens nach den alten englischen Trades-Unions hinüber, die hundertmal bedeutender als die deutschen Gewerksvereine des vielleicht braven, aber doch so herzlich unbedeutenden Dr. Max Hirsch sind und — vor Allen — unendlich bedeutender waren, und die englischen alten Trades-Unions müssen sich gerade in der gegenwärtigen Zeit wohl oder übel darauf einrichten, ihre führende Rolle an die neuen Trades-Unions und damit an politische, dem Capitalismus feindliche Führer und an die internationale Socialdemokratie abzutreten.

Also wo die griffigen Leiter des „Regulators“ Gedanken zu äußern wagen, da geben sie sich die Mühe, ihre Leser hinters Licht zu führen. Und so geschieht es in jeder Nummer des „Regulator“. Nicht nur, daß er erschreckend inhaltlos ist, zeichnet ihn aus, sondern auch das krampfhafteste Bemühen seiner Leiter, die Leser an den bedeutenden Ereignissen der Zeit auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung vorbeizuführen, ja ihnen sogar die Augen zu verbinden gegenüber den Geschehnissen des socialpolitischen Lebens und Wandens, über welche selbst die gelehrten Vertreter des Bestehenden, deren Beruf die Socialwissenschaft und deren Streben die Socialreform ist, der Welt und dem Volke so erstaunlich viel zu berichten wissen.

Es ist also allerhöchste Zeit, daß sich alle Arbeiter von solchem Wassertrinken und Schlafranzgebräu, wie es die Gewerksvereine ihren Mitgliedern bieten, endgiltig emancipiren.

**Wahlgeschichten.**

Am 28. Februar 1890 wurde in der Stichwahl im achten Wahlkreise des Regierungsbezirkes Kassel der conservative Candidat, Rechtsanwalt Dr. Schier, gegenüber dem socialistischen Gegencandidaten, Redacteur Ged, mit 11 674 von 22 868 gültigen Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Die Majorität war gering. Herr Schier hatte nur 480 Stimmen mehr als sein Gegner erhalten. Die Wahl wurde angefochten, und die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschloß, dieselbe zu beanstanden. Es waren dreierlei Gründe, die zu dieser Beanstandung führten, directe

Wahlfälschungen, Beeinflussung der Wahl durch die Kriegervereine, Beeinflussung der Wahl durch Ortsvorsteher u. c. Die gewöhnlichen Beeinflussungen von Wirthen u. c. kommen nicht sonderlich in Betracht.

Was die directen Wahlfälschungen angeht, so war behauptet worden, daß sich mehr Zettel für den conservativen Candidaten Schier in der Wahlurne vorfinden, als überhaupt abgegeben sein konnten. So sind in Neudorf am Stichwahltag bei Eröffnung der der Wahlurne entnommenen Zettel laut Wahlprotocoll 52 auf Schier, 5 auf Ged lautende Zettel gefunden worden. Gleichwohl haben 9 sämmtlich an der Stichwahl theilgenommene Wähler aus Neudorf eidlich erklart, daß sie auf Ged lautende Zettel abgegeben haben. Es hat allerdings nicht erwiesen werden können, daß die vier überschüssigen Zettel durch irgend eine betrügerische Manipulation in die Wahlurne gelangt sind. Der conservative Theil der Commission war in Folge dessen der Ansicht, es sei der Berechtigten Genüge geleistet, wenn Herrn Schier vier Stimmen abgezählt und Herrn Ged ebenso viel Stimmen zugezählt würden, aber die Majorität war doch anderer Meinung; sie beschloß, sämmtliche in Neudorf abgegebenen Stimmzettel zu cassiren, da sie von der Meinung ausging, daß zwar eine bewusste Fälschung des Wahlergebnisses jedoch derartig erschüttert worden sei, daß die abgegebenen Stimmzettel Gültigkeit nicht beanspruchen könnten. Die Entscheidung ist zweifellos correct. Hoffentlich hat sie die Wirkung, daß derartige sehr der Aufklärung bedürftige Wahlgeschichten nicht wieder vorkommen.

Eine viel umstrittene Frage ist die Bethätigung der Kriegervereine bei der Beeinflussung ihrer Mitglieder. Die Conservativen behaupten, Kriegervereine hätten dasselbe Recht wie andere Leute oder Vereine auch. Dagegen ist wenig zu sagen. Anders liegt der Fall, wenn autoritäre Personen die Organisation der Kriegervereine benutzen, um Wahlbeeinflussungen auszuüben. Bei der Wahl im achten Wahlkreise des Regierungsbezirkes Kassel ist nun der Landrath von Niesel besonders thätig gewesen. Eines Tages kam Herr von Niesel, so hat der Vorsitzende des Comborauer Kriegervereins Weigand unter Eid ausgesagt, in die Nieselsche Wirthschaft in Comhora. Alldort ließ er sich durch den Bürgermeister Herrn Weigand vorstellen, sprach längere Zeit mit demselben und ermahnte ihn, darauf zu halten, daß die Mitglieder des Kriegervereins auch bei der bevorstehenden Wahl an den Sagunnen des Vereins getreu festhalten und nicht unwissentlich den Bestrebungen der Socialdemokratie anheimfielen. Er möchte dies den Kameraden mittheilen, damit sie sich die Sache gehörig überlegten. Herr Weigand theilte das den Vereinsmitgliedern mit und empfahl ihnen die Wahl des Herrn Schier. Ist das eine Wahlbeeinflussung oder nicht? Die Majorität der Commission verneinte die Frage, weil Kriegervereine dasselbe Recht hätten wie andere Vereine. Aber hier liegt gar nicht das Kriterium der Beeinflussung, daselbe liegt bei dem Vorgehen des Landrathes, der allerdings direct nicht auf die Mitglieder des Kriegervereins eingewirkt hat, wohl aber indirect, und vielleicht mit besserem Erfolge,

wie wenn er sich unmittelbar an den Verein gewandt hätte. Der Landrath, der seinen amtlichen Einfluß, seine Stellung benützt, um auf einen Kriegerverein einzuwirken, durch dessen Vorsitzenden, unterscheidet sich sehr wenig von einem Fabrikanten, der seine Werkmeister anweist, für gute Wahlen zu sorgen.

Eine besonders hervorragende Thätigkeit haben bei der Wahl, die uns beschäftigt, die Ortsdiener ausgeübt. Was das bedeutet, weiß jedermann, der je eine Wahlagitacion beobachtet hat. Ein Ortsdiener ist eine Respectsperson ersten Ranges trotz aller Landrathes. Wird er dazu gebraucht, die Wahlzettel zu vertheilen, so hat das seine Wirkung. Aber, so sagen die Conservativen, ein Ortsdiener ist ja gar kein Beamter. Wenn ihm der betreffende Bürgermeister Zettel zum Vertheilen einhändigt, so ist das ein rein privater Act. Diese Auffassung fand zwar in der Wahlprüfungscommission nur fünf Anhänger, aber auch die gegnerische Ansicht, daß in einer auf Geheiß des Bürgermeisters durch die Ortsdiener erfolgten Verbreitung Schierscher Wahlzettel eine amtliche, auf Beschränkung der Wahlfreiheit hinauslaufende Beeinflussung der Wähler enthalten sei, fand nur fünf Stimmen für sich. Danach wäre die Sache im Sande verlaufen, wenn nicht einige Ortsdiener sich ihrer Wichtigkeit so bewußt gewesen wären, daß sie beim Vertheilen der Wahlzettel ihre amtlichen Abzeichen angelegt hätten. Das wird freilich bestritten. Aber kein Mensch wird daran zweifeln, das es geschehen ist. Denn der vom Bürgermeister commandirte Ortsdiener sieht sich als Beamter und erscheint auch der Bevölkerung nicht anders. Gerade darin liegt die Beeinflussung, und es ist recht billig, wenn man sich auf den Privatmann Ortsdiener, der im Verein mit dem Privatmann Bürgermeister das Wahlgeschäft betreibt, herausredet, im Grunde aber ist es nichts als Spiegelfechtere, ob mit, ob ohne Abzeichen, das ist für den Effect vollkommen gleichgiltig. (R. S. B.)

**Politische Rundschau.**  
**Deutschland.**

Ueber den Ausgang der Redebacht im Reichstage urtheilt Vollmar in der „Münchener Post“ wie folgt:

Der im Reichstage von unseren Gegnern inscenirte Facklingschwanz über den Zukunftsstaat erhielt durch die treffliche Rede Liebknecht's einen, von dem vereinigten Ordnungsbreie nicht erwarteten Abschluß. Unerbittlich kennzeichnete Liebknecht die „wissenschaftlichen“ Kalauer der Richter und Bachem, als einen plumpen Versuch, den Blick des deutschen Volkes von Blüten des Gegenwartsstaates abzulenken. Der Eindruck von Liebknecht's Rede war so mächtig, daß die Gegner nichts mehr zu sagen wußten und der Stöder versuchte, diese Thatsache durch eine Verlegenheitsphrase zu maskiren. Hoffentlich wird doch auf dem projectirten Flugblatte die Rede Bebel's mit der Liebknecht'schen zusammen gebracht.

Der „Vorwärts“ scheint wieder einmal mit schärfstem Späherblicke das Spiel, welches in Sachen der Militärvorlage hinter den Coulissen des Reichstages gespielt wird, durchschaut zu haben. Er schreibt:

noch aus mancher, in ihrer Art kaum minder bedenklichen und gefährlichen Situation zu retten; denn die Entwicklung, wie Roland's Temperament brachte ihn oft in recht fatale Lagen.

Sir Aveling war selbstverständlich von heißer Dankbarkeit gegen den Retter seines Sohnes erfüllt und da gerade um diese Zeit die Pfarre in Tangley durch den Tod des Geistlichen, welcher diese Stelle bisher bekleidet hatte, frei wurde, übertrug der Baron Kraft seines Patronatsrechts dieselbe dem jungen Prediger Richard Bane, der kurz zuvor ordinirt worden war.

Der junge Pfarrer war überglücklich, hauptsächlich weil es ihm jetzt möglich wurde, seiner einzigen Schwester Margarethe, welche eine Stelle als Gouvernante in einer Familie in London inne hatte, eine Heimath zu bieten und so begannen denn die Geschwister, welche mit zärtlicher Liebe aneinander hingen, gemeinsamen Haushalt in dem hübschen, freundlichen Pfarrhaus.

An einem bräutend heißen Sonntag im August 1869, in den Nachmittagsstunden, lag der junge Pfarrer im Grase unter einem breitästigen Apfelbaum, während seine Schwester, in einem niedrigen Gartenstuhl lehrend in einem Buche blätterte.

Margarethe war eine reizende Blondine, deren zarter Teint und blaue Augen dem Bruder als Inbegriff weiblicher Schönheit galten; sie trug ein weißes Kleid mit blauen Schleifen und in den vollen blonden Flechten hing eine halberblühte dunkelrothe Rose.

(Fortsetzung folgt).

schmuck, denn kein Abend verging ohne derartige Spenden für die schöne Tänzerin.

Aber Dank den Lehren und Mahnungen ihrer Genossin, der braven Frau Clipp, blieb das junge, gänzlich unerfahrene Mädchen davon bewahrt, diesen Aufmerksamkeiten irgend eine Bedeutung beizulegen.

Frau Clipp machte Folly begreiflich, daß die jungen Herren, welche ihr Blumen und Kränze zuwerfen ließen, früher oder später ihren Lohn fordern würden und Folly mit ihrem hellen Auge und offenen Verstand lernte bald genug diese Danaergeschenke nach ihrem wahren Werthe schätzen.

Dagegen bewahrte sie jenes erste Bouquet Esperanzas wie ein Heiligthum auf und mit rührender Dankbarkeit gedachte sie aller, die ihr die Pfade zu Glück und Ruhm geebnet hatten.

Aber auch anderer gedachte sie — sie sandte eines der riesigen Blacate, die ihr Aufstreten ankündigten, an Frau Peter Fernandez und fügte der Sendung jene Kleider bei, in welchen sie nach London geflohen war.

**Zwölftes Capitel.**

Schloß Aveling, der Wohnsitz des Barons Aveling, der bei den Schicksalen der Familie Morrison eine so verhängnisvolle Rolle spielte, lag etwa einen Meilen entfernt von Tangley, einem freundlichen Dörfchen, welches in der Richtung nach Chortsey lag.

Die Dorfkirche erhob sich auf einem Hügel, an dessen Fuß das Pfarrhaus stand, ein altes, aber durch und durch wohlthätiges und behagliches Gebäude.

Der daran stoßende Garten, welcher zur Sommerzeit einer Rosenwildnis gleich, war das Entzücken der Maler, welche das Land je zuweilen unthier machten, während die reich beladenen Obstbäume der Dorjugend eine unerlöschliche Quelle des Genußes bildeten.

Das Schloß war in Tangley eingepfarrt und der jeweilige Schloßherr übte das Patronatsrecht über die Pfarre aus.

Die Schloßdienerschaft wurde dazu angehalten, sowohl Vormittags wie Nachmittags allsonntäglich die Kirche zu besuchen; dagegen ließ sich Sir Aveling selbst meist am Morgengottesdienst genügen und auch die Pächter der zum Schloße gehörigen Güter richteten sich in diesem Punkte nach ihrem Gutsherrn.

Zu Ende der sechziger Jahre hatte der Schloßherr einen ganz jungen Geistlichen zum Pfarrer in Tangley ernannt, und zwar verdankte Richard Bane diese seine Ernennung nicht etwa seiner geistigen Begabung, welche der Baron damals noch gar nicht kannte, sondern dem Umstand, daß der junge Geistliche in Dyford dem einzigen Sohn des Schloßherrn, Roland Aveling, das Leben gerettet hatte.

Roland war beim Rudern der Mühle von Burley zu nahe gekommen; die Strömung hatte sein Boot erfasst und wie eine Kaffeemühle im Kreise herumgedreht.

Nur dem energischen Eingreifen Richard Banes hatte es der junge Baron zu danken, daß er nicht in die Tiefen geriet und elend zu Grunde ging. Später fand Richard Gelegenheit, Roland Aveling

Herr Eugen Richter will nicht zugeben, daß die Zukunftsstaats-Debatte, die ihm eine so gute und tactvoll benutzte Gelegenheit bot, seine nationalökonomische Weisheit und seinen kaufmännischen Geschäftssinn zur Geltung zu bringen, eine unwürdige Komödie war, durch welche die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von den Notheilen betreffs der Militärvorlage abgelenkt werden sollte. Er behauptet heute in seiner „Freisinnigen Zeitung“ mit dem ihm eigenen Unfehlbarkeitspathos, Compromißverhandlungen hätten nicht stattgefunden und fänden nicht statt, die Auflösung des Reichstags sei sicher, und mit der Militärvorlage werde keine Verschleppung getrieben. Herr Eugen Richter sollte es sich genügen lassen, die schmutzige Arbeit der Capitalisten zu verrichten, — das ist sein Amt und bringt ihm Geld ein, und non olet — der „Führer des Freisinn“, hat es aber doch in der That nicht nötig, auch die schmutzige Arbeit des Centrums und der sonstigen Compromiß- und Geschäftspolitiker zu verrichten. Das könnte er füglich diesen selbst überlassen. Wir wissen auf das positivste, das Compromiß-Verhandlungen stattfinden. Wir wissen auch, daß in diesem Compromiß die Eventualität einer Auflösung eingeschlossen ist. Wir wissen, daß das Centrum die Unmöglichkeit einer Bewilligung der Militärvorlage in diesem Reichstag eingesehen hat. Wohl ist eine Majorität für die theilweise Bewilligung vorhanden, allein die Mitglieder der Majorität fürchten die Wähler und haben Angst davor, zwei Jahre nach der Bewilligung sich dem Volk zur Wiedererwählung anzubieten — das Mandat dieses Reichstags erlischt bekanntlich im Februar 1895. — Man ist deshalb auf einen Zukunftscompromiß verfallen, nämlich auf das Auskunftsmodell, die Militärvorlage, nachdem die Verhandlungen möglichst hinausgezogen und die Wähler möglichst ermüdet sind, im Reichstage zu verwerfen, dann gehobenen Hauptes vor die Wähler hinzutreten, sich das Mandat auf fünf Jahre erneuern zu lassen, und im neuen Reichstage die Militärvorlage zu apportieren. Dieser Zukunftscompromiß, zu dem die schmachvolle Verschleppung der Commissionsberatungen gehört, sollte, wie von socialistischer Seite dem Reichstag vorgehalten ward, durch die blödsinnige Zukunftsstaats-Debatte verhüllt werden.

Die Behauptung des Herrn Richter, die Militär-Commission habe geschäftsordnungsgemäß nicht rascher vorgehen können, ist leeres Gerede. Die Majorität hat es auch in der Commission vollständig in der Gewalt, die Verhandlungen zu beschleunigen und eine Entscheidung über die vorliegende Maßregel sofort herbeizuführen. Wenn die Majorität das in diesem Falle nicht gethan hat, so hat sie es nicht gewollt. Und sie hat es nicht gewollt, weil sie den Compromiß will. Und da es mit dem Gegenwartscompromiß nicht geht, so ist man auf den Zukunftscompromiß verfallen. Die Wähler seien auf der Hut!

Die Haltung des Abgeordneten Richter bestreitet uns nicht. Daß der Mann der Spar-Agnes sich auch zum politischen Agenten der capitalistischen Parteien berufen fühlt, ist nur logisch und natürlich. —

Neun Millionen für colonialpolitische Zwecke sollen nach der Münchener „Allgem. Ztg.“ gefordert

werden. Es soll die Einbringung eines Nachtragsetats für Ostafrika zur Verstärkung der Schutztruppe in Aussicht stehen, und zwar in der Höhe von einer Million Mark. Eine Majorität für diese Forderung gilt nach dem genannten Blatt als gesichert. In Regierungskreisen soll auch eine Mehrforderung für Südwestafrika erwogen werden, doch scheinen die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen zu sein.

In Regierungskreisen scheint man demnach den Geldbeutel des Volkes für unerschöpflich zu halten.

Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf zum Schutz der Waarenbezeichnungen, sowie eine Novelle zum Viehschutengesetz zugegangen.

Bourgeoiszeitungen berichteten vor einigen Tagen mit Behagen, daß der socialdemokratische Agitator Emmel in Saarbrücken wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden sei. Die angegebene Thatsache ist nun allerdings richtig; wie aber unser Parteiblatt, „Der Bote an der Saar“, mittheilt, hat die Beschuldigung gegen Emmel auch nicht einen Schein von Berechtigung. Derselbe ist vielmehr das Opfer rachsüchtiger Verleumdung. Ein Schuhmacher Bach ging Emmel um Vermittelung eines Darlehens an und als dieser die Vermittelung verweigerte, drohte Bach, er werde das Emmel schon eintränken. Er hat nun seine Drohung ausgeführt und dem Staatsanwalt angezeigt, Emmel habe das angegebene Verbrechen an seiner, Bach's, Ehefrau verübt. Die Frau hat diese Behauptung auch beschworen, in Folge dessen wurde Emmel verhaftet und geschlossen in das Justizarresthaus abgeführt. Zwei Tage darauf wurde Emmel jedoch wieder entlassen, während die Ehefrau Bach's wegen Verdachts des Meineids verhaftet sein soll. Mit der Mittheilung dieses Thatsachens, welche den verleumdeten Socialdemokraten vollständig rechtfertigen würden, beileben sich die Bourgeoisblätter natürlich nicht.

Immer toller! Generalmajor z. D. Wittke veröffentlicht in dem Verlage von Eissenschmidt eine Flug-schrift über das kleinste Gewehrkaliber, in der er zum Schluß kommt, daß die Staaten genöthigt sein würden, zu einem Infanterie-Gewehr von 5 Millimeter Kaliber überzugehen. In Chili habe man Versuche mit einem 6 Millimeter-Gewehr gemacht, dessen größ. Schußweite nach der Behauptung seiner Erfinder 6000 Mtr. beträgt, während das Geschos auf 5000 Mtr. noch ein Pferd vollständig zu durchbohren vermag. In Rußland habe man bei Proben mit einem 5 Millimeter-Gewehr erstaunlich günstige Resultate erzielt. Nach Professor Hebler sei die 5 Millimeter-Waffe der 8 Millimeter-Waffe um das 2.8fache überlegen. Als besonderer Vorzug wird die Erhöhung der unmittelbar bereiten Patronenzahl hervorgehoben. Der Uebergang zum 5 Militär-Gewehr würde Deutschland die Kleinigkeit von 100 Millionen Mark kosten.

Der bekannte „Fall Sperling“ ist durch Freisprechung des Criminalcommissarius Sperling am 7. d. M. zu Köln erledigt worden, das Gericht erkannte, daß der Commissar, der bekanntlich Morgens früh in ein Haus einbrach, dort Scandal machte, verschiedene Einwohner drangsalirte und mit Schlägen tractirte, in Folge von Ueberarbeitung, zu der noch reichlicher Weingenuss kam, und in Folge eines Besenblebes, den er im Kampfe erhielt, unzurechnungsfähig und im Zustande vorübergehender Verrücktheit gewesen sei. Ob dieser würdige Beamte wohl wieder als Stütze der herrschenden „Ordnung“ verwendet werden wird?

Bei den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen in Berlin haben unsere Genossen nicht nur Aussicht in der Klasse der Arbeitnehmer, sondern auch in der Klasse der Arbeitgeber einen vollständigen Sieg zu erringen. Nach einer Correspondenz der „Frk. Ztg.“ haben sich von letzteren nur 800 Wähler eintragen lassen, von welchen die übergroße Mehrzahl Socialdemokraten sein dürften. Es ist überaus charakteristisch, daß unter den Arbeitgebern, soweit sie nicht der Socialdemokratie angehören, eine vollständige Apathie gegenüber den Gewerbegerichten vorhanden ist, während man doch nach der oft gehörten Betonung des Segens gemeinschaftlicher Arbeit der Unternehmer und Arbeiter, ein reges Interesse der Ersteren erwarten sollte. Für die Arbeiter ist die praktische Bethätigung am Gewerbechiedsgericht eine gute Schatzung und in der Kenntniß der Gewerbeordnung und der Praxis der Rechtsprechung ist mancher einfache Arbeiter, dem sich etwas Besseres dünkenden Meister und Capitalisten bedeutend überlegen.

Dynamitspitze an der Arbeit. Die „Westf. Arb.-Zeitung“ schreibt aus Gelsenkirchen: „Am Sonnabend ist wiederum ein fürchterliches Dynamitattentat entdeckt worden, natürlicherweise, ehe die Patronen losging. Die bürgerlichen Blätter berichten: „Ein Bürger, der gestern Abend gegen 8 Uhr am Amtsgerichtsgebäude vorbeiging, bemerkte, daß an einem Fenster etwas glommt. Er machte den patrolirenden Polizeisergeanten darauf aufmerksam, mit dem Bemerkten: „Da muß wohl Dynamit brennen.“ Der Sergeant eilte hin, nahm die brennende Zündschnur und trat sie aus. Es fand sich ein Paketchen Dynamit vor. Durch Zufall ist dieser Dynamitanschlag vereitelt.“ Hul! Hul! Ansehend brauchen gewisse Elemente diese angeblichen Attentate, um zu verhindern, daß den bösen Arbeitern nicht sofort wieder zu viel Freiheit gelassen werde. Denn daß ein zielbewußter Arbeiter sich mit solchen Spielereien abgeben haben sollte, ist einfach undenkbar. Ein solcher weiß ganz genau, daß durch das Sprengen eines Amtsgerichtsgebäudes die bürgerliche Gesellschaft nicht verunstaltet wird, da ist es viel vorthellhafter, die fürchterliche Gedankenträgheit und Gleichgültigkeit, die noch in manchen Arbeiterköpfen herrscht, zu sprengen. Wertwürdig ist nur, daß niemals diese fürchterlichen Anschläge zum Ausbruch kommen, bezw. keinen erheblichen Schaden anrichten. Ein etwas geriebener Dynamiterich müßte die Sache doch bald schlauer anfangen. Wertwürdig! Die „Dortmunder Zeitung“ schreibt noch dazu:

„Vor kurzem ist der hiesigen Polizeibehörde durch einen Drohbrieff angekündigt worden, Amtsgericht oder Rathhaus sollten wegen der in letzter Zeit erfolgten Verhaftungen, von denen bekanntlich ausschließlich socialdemokratische Deber betroffen wurden, in die Luft gesprengt werden.“

Om! Schredlich! Ob sich die Polizei wohl bemühen wird, den Briefschreiber zu ermitteln?“

**Ausland.**

**Frankreich.**

Der ehemalige Minister Constans, der sich so aufdringlich als Retter der Gesellschaft anbot, ist wieder untergetaucht — dafür taucht jetzt mit einem Male ein anderer unheimlicher Name auf: Cavaignac. Der erste Gesellschaftsretter von 1848, der „Junischlächter“ hieß Cavaignac; er „rettete“ die honnette Republik — für den abenteuernden Schwindler Louis Bonaparte, und das Blut Zehntausender von Proletariern klebte an seinen „ehelichen“ Händen. Dieser Cavaignac ist todt, aber sein Sohn, Godejroy Cavaignac, opportunistischer Abgeordneter, benutzte die Kadav-Interpellation der Boulangisten, um sich vor kurzem als Staatsretter aufzuspielen, indem er eine sehr präntensiose Tagesordnung vorschlug und mit sittlichem Pathos begründete, welche corrupte Praktiken auf's Schärfste verurtheilt, jedoch ganz allgemein gehalten ist. Diese Tagesordnung wurde — und das ist charakteristisch — von der Regierung angenommen, und von der Kammer mit großer

**Zur Gesundheitspflege der Kinder in Schule und Haus.**

Die Schulen dürfen zur Gefährdung der Gesundheit der Kinder durchaus keinen Anlaß geben. Da der Staat von den Eltern fordert, daß sie ihre Kinder der Schule anvertrauen, so hat er auch dafür zu sorgen, daß die Kinder in der Schule von keinerlei Gesundheitsstörungen bedroht werden. Es ist daher zu fordern, daß die Schulhäuser so gebaut sind, daß sie jedem Kinde genügend Licht, normale Temperatur und reichlich frische Luft gewähren, daß ferner das Mobiliar und die Utensilien der Schulzimmer ohne Beeinträchtigung der Gesundheit benutzbar sind, daß der Betrieb der Schule keine zu starke körperliche oder geistige Anstrengung von den Schülern verlangt, und daß letztere in der Schule nicht ansteckende Krankheiten sich zuziehen. Nicht immer entsprechen die Schulen diesen Forderungen; vielmehr sind zahlreiche Gesundheitsstörungen bei Schülern beobachtet, die durch den Schulbesuch hervorgerufen oder doch wesentlich unterstützt wurden. Bei einer gewissen Anlage dazu entwickeln sich Rückgratsverkrümmungen durch die bei fehlerhaft konstruirten Schulbänken notwendige fehlerhafte Körperhaltung. Bei einem weiten Abstand der Bank vom Tisch und bei zu großer Höhe des Sitzes ist ein Schreiben in grader Haltung des Körpers einfach unmöglich. Der Oberkörper muß sich vielmehr dann nach vorn und links neigen, die rechte Schulter wird ge-

hoben, die linke gesenkt; allmählig wird auch die Brust auf die Tischplatte aufgestützt, und eine Verbiegung der Wirbelsäule ist die Folge dieser unverständig konstruirten Bänke und Tische. — Ferner ist statistisch festgestellt, daß, obwohl die Kinder meist mit guten Augen in die Schule treten, mit der Dauer des Schulbesuches die Kurzsichtigkeit zunimmt. In den Gymnasien ist sie am häufigsten und hochgradigsten, in den Dorfschulen tritt sie seltener und geringfügiger auf. Zur Entstehung von Kurzsichtigkeit disponiren theilweise Rasse-Eigenheiten und der Knochenbau des Gesichtes, zum größten Theile aber erbliche Anlage. Zur Ausbildung kommt die Kurzsichtigkeit aber hauptsächlich durch schlechte Beleuchtung und durch die eben geschilderte schlechte Körperhaltung. Der Kopf muß sich bei ungenügender Beleuchtung tief senken, die an und für sich niedrige Schulbank zwingt zu noch größerer Senkung der Augen; der Blutumlauf im Auge wird dadurch gestört und der Kurzsichtigkeit Thür und Thor geöffnet. Zweifellos können auch schlechte Beleuchtung und ungewöhnliches Sitzen im Hause, ferner feine Handarbeiten zc. die Ausbildung der Kurzsichtigkeit unterstützen. Ferner werden Stauung des Blutumlaufes in Kopf und Hals, daher häufiges Nasenbluten und vielleicht auch der zuweilen auftretende Schultropf als eine weitere Consequenz der oben geschilderten fehlerhaften Haltung beobachtet. Erkältungs-Krankheiten treten namentlich bei schlechten Heiz-Einrichtungen, bei stark strahlenden Heizkörpern und überhitzten oder ungenügend erwärmten Schulzimmern auf. Ernährungs-

störungen und nervöse Ueberreizung treten nicht selten bei Schulkindern ein, wenn dieselben zu anhaltendem Sitzen, zum Aufenthalt in einer schlechten, die Athmung behindernden Luft und zu einer im Verhältniß zu ihren Anlagen übermäßigen geistigen Anstrengung gezwungen sind. Es läßt dann sehr leicht der Appetit nach, die Ernährung wird unzureichend, und im kindlichen Alter treten daraufhin außerordentlich schnell Zeichen von Blutleere nebst den entsprechenden Beschwerden und abnorme Reizbarkeit hervor. Masern, Scharlach, Diphtherie usw. werden nachweislich häufig durch die Schule verbreitet. Das ist sehr leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die Kinder oft noch einige Tage die Schule besuchen, wenn der Ansteckungskeim schon in ihnen ruht, aber sie noch nicht krank gemacht hat, daß sie ferner noch häufiger mit gar nicht oder ungenügend desinficirter Kleidung in die Schule zurückkommen, nachdem sie eine ansteckende Krankheit durchgemacht haben. Die Ansteckung erfolgt bei den Kindern um so eher, als unter ihnen fortwährend Berührungen stattfinden. Außerdem lösen sich bei den lebhaftesten Bewegungen der Kinder leicht die eingeschleppten Keime von den Kleidern ab und verbreiten sich in der Luft, die stets große Mengen solchen Kleiderstaubes zu enthalten pflegt. — Angesichts dieser zahlreichen von der Schule begünstigten Gesundheitsstörungen wird mit Recht eine Reihe von hygienischen Maßregeln zum Schutze der Schulkinder verlangt. Sie betreffen die baulichen Einrichtungen des Schulhauses und den Betrieb der Schule. (Fortf. folgt).

Majorität beschlossen. Eigentlich hätte das Ministerium hiernach einen Sieg erfochten, allein der Held des Tages ist Cavaignac, den der Boulangist Deroulede bereits zum Candidaten für die Präsidentschaft gemacht hat. Offenbar haben wir es hier wieder mit irgend einer faulen Intrigue zu thun. Und Recht hat der neue socialistische Abgeordnete Jaures, welcher in der Debatte, kräftig den Standpunkt des Proletariats vertretend, den bürgerlichen Parteien das Wort ins Gesicht schleuderte: nur der Socialismus kann die Republik vor der Corruption retten.

Die Zurückziehung der Anklage gegen Rouvier und Genossen macht böses Blut. Man wirft der Regierung vor, sie suche nach Kräften zu vertuschen. — Der Socialist Bazly rief in einer der letzten Kammer-Sitzungen, als die Boulangisten, namentlich Gabriel, ihn durch Zwischenrufe unterbrachen, ihnen einige kräftige Worte zu. Er soll im Lärm hineingerufen haben: „Tas de Voyous“, was man mit Lumpengefindel übersetzen könnte. Der Boulangist Gabriel schickte ihn zwei Secundanten. Bazly, ein stämmiger Arbeiter, jagte den Zeugen, daß er seine Bekleidigung aufrecht erhalte, aber ritterliche Genugthuung nicht kenne und nicht gebe.

## Socialpolitisches.

Die jährliche Steigerung des Reichszuschusses zur Invaliditäts- und Altersversicherung bildet bekanntlich eine Frage welche auch bei der Erörterung über die zukünftige Gestaltung unserer Reichsfinanzen eine Rolle spielt. Man scheint dabei, so schreiben die „Berl. Vol. Nachr.“, im allgemeinen etwas übertriebene Anschauungen von der Schnelligkeit dieses Anwachsens zu haben. Nach den Zahlen, welche das Reichs-Versicherungsamt für die Weltausstellung in Chicago zusammengestellt hat, würde im 50. Jahre des Inkraftbestehens der Invaliditäts- und Altersversicherung auf einen Versicherten etwa zwölfmal so viel an Reichszuschuß entfallen als im Jahre 1891, nämlich 6 Mk. statt 0,54 Mark. Der Reichszuschuß betrug für 1891 6,2 Millionen. Er würde sich also im Jahre 1941, wenn wir auch die Zunahme der Versichertenzahl in Betracht ziehen, auf 80—90 Millionen belaufen. Für das Jahr 1893 ist der Zuschuß auf 12,6 Millionen veranschlagt. Es würden sich also auf die übrigen 47 Jahre 68—78 Millionen verteilen, d. h. auf jedes Jahr im Durchschnitt eine Steigerung von einundhalb bis einein Drittel Millionen kommen.

Im „Fachblatt für Müller“ lesen wir: „Endlich ein Lebenszeichen von unserer am 8. Dezember 1891 abgegangenen Petition an den Bundesrath. Am 9. Januar d. J. bekamen wir folgende Zuschrift:

Berlin, den 9. Januar 1893.

Reichs-Versicherungsamt.

Nach einer von Herrn Staatssekretär des Innern hierher gerichteten Mitteilung haben Euer Wohlgeborner in einer an den Bundesrath gerichteten Eingabe unter Anzettelung auch darum nachgesucht, daß die überwachenden Beamten der Mülerei-Berufs-Genossenschaft angewiesen werden möchten, die geradezu skandalösen Nichtachtungen der Unfallverhütungsvorschriften seitens der großen Mehrheit der Mühlenbesitzer etwas energischer zu verfolgen, als dies bisher der Fall war.“

Das Reichs-Versicherungsamt, welches zur Abstellung derartiger Uebelstände gern hilfreiche Hand bietet, ersucht Euer Wohlgeborner, bevor dasselbe von Aufschwungswegen einschreitet, um gefällige Mittheilung der in der in Rede stehenden Angelegenheit dort bekannt gewordenen Thatsachen.

Das Reichs-Versicherungsamt.  
Böbiker.

Das wäre doch endlich einmal, wenn auch nicht viel, so doch etwas. In der Hauptsache hatten wir um Abschaffung der Sonntagsarbeit und um gesetzliche Einführung einer 12stündigen Maximalarbeitszeit für das Mülereigewerbe gebeten. Jedenfalls werden wir, wenn wir Müller in Ersucht stille und bei uns selbst vorgängig noch ruhig weiter warten, auch noch erfahren was der hohe Bundesrath auf unsere Petition zu antworten hat. Es war den Kollegen bisher nicht möglich, in vielen Mühlen auch nur die allernothwendigsten Unfallverhütungsvorschriften zur Ausführung bringen zu lassen. Diese kosten bekanntlich Geld und demzufolge waren die Unternehmer bei jeder Klage seitens eines Arbeiters mit der Antwort bei der Hand: „Wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Oft schon mußte da die Redaktion einspringen und beim Reichs-Versicherungsamt Anzeige erstatten, damit Maßregelungen vermieden wurden. Wie wir aus obiger Zuschrift ersieht, ist das Reichs-Versicherungsamt bereit, Kohlfülle zu schaffen; Kollegen, die unter dem Fehlen von Schutzvorrichtungen

leiden, mögen sich also unter wahrheitsgetreuer Angabe der Verhältnisse an die Redaktion des „Fachblatts für Mülereiarbeiter“, Altenburg, Mauergasse 4b, wenden.

Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Staate Connecticut. Das Gesetz zur wöchentlichen Zahlung der Löhne und das Lohnstundengesetz für Frauen und Kinder wurden, nach dem Berichte des arbeitsstatistischen Amtes, im Jahre 1891 im Staate Connecticut nur ungenügend durchgeführt, weshalb die Anstellung eines besonderen Beamten für diesen Zweck, sowie die Ausdehnung des Wochenzahlungsgesetzes auf alle Gewerbe empfohlen wird. Es ist häufig vorgekommen, daß Arbeiter entlassen wurden, weil sie die Ausführung dieser Gesetze verlangten hatten.

## Arbeiterbewegung.

Achtung, Drechsler! Wegen fortwährender Lohnabzüge haben die Kollegen bei der Firma N. Schoy, Reichenbergerstraße 34, Berlin, die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist strengstens fern zu halten.

A. Holzmann.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht. „Arbeiterfreiheit“ in der Gegenwart. Aus den sächsischen Grubenbezirken wird berichtet:

„Den Vorstandsmitgliedern N. Lorenz und G. Vogel vom „Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter“ ist durch ihre Werkverwaltungen eröffnet worden, entweder ihre Ämter niederzulegen und aus dem Verband auszuschneiden oder sich den Abkehrschein zu holen. Vogel ist bereits 31 Jahre und Lorenz 19 Jahre als Bergmann auf demselben Werke thätig; beide sind seit Jahren im Vorstand des genannten Verbandes. Dieser selbst besitzt die Rechte einer juristischen Persönlichkeit.“

Und dabei will man Arbeiter, die unter solcher brutaler Vergewaltigung ihrer Freiheit leben, mit dem „Zuchthaus“ des „Zukunftstaates“ schrecken! Man könnte lachen über solche Thorheit, wenn nicht die Niederträchtigkeit dahinter sich verbergen thäte.

## Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Die Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ beabsichtigt im Auftrage des Parteivorstandes, die während der sogenannten Zukunftsstaat-Debatte von unseren Parteigenossen Nebel, Frohne und Liebknecht gehaltenen Reden in Gestalt einer Broschüre zu veröffentlichen. Die Broschüre wird 4—5 Bogen stark werden und soll, um eine möglichst starke Verbreitung zu ermöglichen zum Selbstkostenpreis an die Genossen abgegeben werden. Nähere Angaben über den Preis und den Tag der Erscheinung der Broschüre wird die Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ demnächst bekannt geben.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage wurden weiter abgehalten in Rortorf (Referent E. Gien-Hamburg), Bramstedt und Wiemersdorf (Referent Martiske-Hamburg), Döhlen bei Dresden und Naumburg (Ref. Adolf Hoffmann-Leipzig).

Wie Versammlungen für die Militärvorlage zu Stande kommen mögen, läßt sich daraus schließen, daß in Krimmitschau ein Fabrikant zwei seiner Arbeiter entließ, weil sie an der Versammlung theilgenommen hatten, in der Reichstags-Abgeordneter Stolle gegen die Militärvorlage sprach. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen die dem Militarismus günstigen Versammlungen selbst für die Freunde der Militärvorlage jedes Wertes ermangeln.

Partei-Finanzen. Der Socialdemokratische Verein für Wilhelmshagen (bei Hamburg) und Umgegend erzielte bei einer Jahresrechnung von 2309,35 M einen Ueberschuß von 1002,90 M. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig rund 700.

## Vom Nothstande.

Arbeitslosenversammlungen sind weiter abgehalten worden in Weipensfeld, Schönebeck und Dresden.

Aus Freiberg wird berichtet: In einer der letzten Nächte traf ein patrouillirender Hilfschutzmann einen nur nothdürftig bekleideten Mann an, der auf Befragen erklärte, er habe sich im Schluffelsteich ertränken wollen, dies sei ihm aber in Folge des Eises nicht möglich gewesen. Auf der Wache erkannte man in dem Manne einen bejahrten, kränklichen, ehemaligen Dienstmann, der schon im Mai vorigen Jahres aus Verzweiflung über seine dürftige Lage in den Schluffelsteich gegangen, aber wieder herausgezogen worden war. Man brachte den armen Mann zunächst nach seiner Wohnung und übergab ihn dort der Obhut seiner Frau, die auch schon 75 Jahre und erwerbsunfähig ist. — Die wird ihn natürlich recht gut gepflegt haben! O göttliche Ordnung, wie lange wirst du noch herrschen!

## Die ersten deutschen Arbeiter-Congresse und die Schaffung eines nationalen Arbeiter-Bundes.

Am 23. August wurde der Berliner Congress eröffnet. Abgesehen vom Frankfurter Delegirten, waren drei Central-Comites für Arbeiter (zu Berlin, Leipzig und Hamburg) und 29 Arbeiter-Vereine, meist aus dem östlichen Deutschland, vertreten.\*) Zuschriften waren außerdem von 9 Arbeiter-Vereinen eingelaufen; unter ihnen auch vom deutschen (socialistischen) Club in Brüssel.

Zum Präsidenten des Congresses wurde der Deputirte zur preussischen Nationalversammlung, Professor Mees von Etenbed gewählt, zum ersten Vicepräsidenten Born und zum Protocollführer der Berggolber Distrikt. Die vielen und langen Sitzungen verliefen ohne Ausnahme ernst und würdig. Erst nach zehn Tagen — am 3. September — beendigte der Congress seine Arbeiten.

Da unter seinen Mitgliedern eingeständlich über manche wichtigen Fragen verschiedene Meinungen herrschten, so kam in die Congressbeschlüsse eine gewisse Zersplittertheit, welche es schwer macht, in sie ein System zu bringen.

Immerhin wurde von allen Seiten die Born'sche Ansicht als richtig anerkannt, daß es vor allen Dingen sich zunächst darum handeln müsse, die Arbeiter Deutschlands zu einem Ganzen zusammenzufügen, um ihre Concurrenz zu verhindern und die erdrückende Uebermacht der Capitalisten oder — wie man sie manchmal auf dem Congress bezeichnete — der „Speculanten“ etwas zu schwächen.

Es wurde auf dem Arbeitertag resolvirt: in jedem Orte sollten die verschiedenen Arbeitergewerke, je nach dem Verhältniß ihrer Mitgliederzahl, Vertreter in ein „Localcomitee für Arbeiter“ wählen. Dasselbe hatte die Verpflichtung: regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu veranstalten; die Bedürfnisse und Uebelstände des Proletariats in ihren Orten genau zu erforschen und auf Abhilfsmittel zu dringen.

Eine Reihe von Local-Comitees traten dann — nach der Idee der Resolution — zu einem Bezirks-Comitee zusammen, welches die gemeinsamen Angelegenheiten des Localcomitees besorgte, ihre Interessen mit einander vermittelte und „Bezirksversammlungen“, bestehend aus den Abgeordneten der Localcomitees, einberief.

An der Spitze der gesammten Arbeiterschaft Deutschlands sollte dann das Centralcomitee (vorläufig mit dem Sitz in Leipzig) stehen, welches die Interessen der Arbeiter und ihrer verschiedenen Comitees unter einander zu vermitteln, ihnen einen einheitlichen Ausdruck zu geben und eine Representation vor den Staatsbehörden zu schaffen hatte. Das Centralcomitee war verantwortlich der alljährlich zu berufenden Generalversammlung, die aus den von den Localcomitees zu sendenden Abgeordneten bestand.

Als nächste Aufgabe des Localcomitees waren bezeichnet: Die Leitung der Arbeitsnachweisung, die Festsetzung der Lohnhöhe, die Uebernahme der Auszahlung des Lohnes, die Verwaltung alles von den Arbeitern Ersparten und die Verwendung desselben zum Zwecke von Darlehen an die Arbeiter selbst.

Bei den Localcomitees mußte sich — nach den Intentionen des Congresses — jeder Arbeitssuchende melden, ebenso wie jeder Unternehmer, der Arbeiter engagiren wollte. Fand sich irgendwo keine Beschäftigung für eine Anzahl Arbeiter, so wurden dieselben mit Hilfe des Bezirks- oder des Centralcomitees nach einer Gegend hingewiesen, wo Mangel an ihnen war. Fand sich trotzdem für die Mitglieder eines Gewerkes im ganzen Lande keine Thätigkeit, so waren sie vom Staate zu unterstützen.

Der Lohnsatz sollte unter dem Vorzuge des Localcomitees durch Vereinbarung der Unternehmer mit ihren Angestellten so festgesetzt werden, daß er für jede Art der Arbeit im ganzen Orte gleich war und nur für besondere Fähigkeiten höher. Jedenfalls mußte der am Orte gezahlte geringste Lohnsatz zur Befriedigung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse hinreichend sein.

Die Auszahlung des Lohnes mußte durch die Hand des Localcomitees gehen. An dieses wurden sämtliche vom Unternehmer zu entrichtenden Summen überwiesen und dann erst vom Nebentanten des Comitees an die einzelnen Arbeiter abgeführt.

Jedoch erhielten dieselben nicht den ganzen Lohn;

\*) Aus Süddeutschland, der Rheinprovinz, Westphalen und Hannover erschien nur je ein Deputirter aus Kurhessen, Hessen-Nassau, Braunschweig, Oldenburg und Bremen gar keine.

sond. in ein procentualer Theil desselben — 7 bis 10 Procent — wurde abgezogen und in eine vom Localcomitee zu verwaltende Associationsklasse gethan. Der Arbeiter durfte aber das Capital, welches er auf diese Weise nach und nach einschloß, während der ersten zehn Jahre nicht zurückfordern, auch ebensowenig Zinsen beanspruchen, und erst später nach Maßgabe seiner Einzahlungen Theilnahme am Gewinne des in der Associationsklasse angesammelten Vermögens verlangen.

Die Associationsklasse ihrerseits sollte als Creditbank, vornehmlich für Arbeiter, dienen. Vor Allem sollte jedes Associationsmitglied, das sich in augenblicklicher Nothlage befand, zinslose, in Raten rückzahlbare Darlehne erhalten. Mit einem Theile der übrigbleibenden Gelder sollten Darlehne an Gewerbetreibende — mit Bevorzugung der Arbeiter — gegen Zinsen und genügende Sicherheit gegeben werden, als welche letztere jedoch schon fertige Arbeiten, Rohstoffe, ja die Arbeitskraft selber angesehen werden mußten. Mit dem Reste der Associationskasse waren Landgüter zu kaufen, die in kleinen Parzellen an Associationsmitglieder überwiesen und von diesen mittelst Ratenzahlungen künstlich erworben werden konnten; und schließlich sollten auch gesunde und billige Arbeiterwohnungen errichtet werden, die von den Miethern ebenfalls mittelst Ratenzahlungen zu kaufen waren.

Das bisher Aufgeführte hoffte der Arbeitercongreß meist mittelst Selbsthilfe durchzuführen. Daneben beanspruchte er aber auch noch principiell die Intervention des Staates und stellte hierfür ein politisches und sociales Programm auf. Dasselbe ertheilt: das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Reichstag, Landtag und Commune; Feststellung der militärischen Dienstzeit auf höchstens ein Jahr. Ferner: Anerkennung der von den Arbeitern auf dem Wege der Selbsthilfe gethanen Schritte, Gleichheit der Maße für ganz Deutschland, zunächst allerdings nur für Manufacturwaaren; Freizügigkeit; Wegfall des Vermögensnachweises beim Eingehen einer Ehe; Aufhebung der Majorate und Parteilichkeit der Latifundien und Domänen; Fortfall aller Binnen- und Ausfuhrzölle auf Waaren, welche in der inländischen Industrie benötigt werden; Herabsetzung der Zölle auf Colonialwaaren und Erhebung der Waarenzölle nach dem Werth; Beförderung der Industrien, welche den Verhältnissen des Landes angemessen sind, dabei auch ausreichende Patenterteilung für industrielle Erfindungen und Schutz gegen Nachbildung neuer Waarenmuster; Aufheben derjenigen Zucht hausarbeiten, welche zum Nachtheile der inländischen Industrie concurriren. Dann wurde noch verlangt: der Erlernungsnachweis bei Uebernahme eines Geschäftes, das technische Fertigkeiten bedingt; öffentliche Prüfung eines jeden, der Meister werden will; möglichste Aufhebung der Concurrenz unter den Meistern, Verbot übermäßigen Haltens von Lehrlingen von Seiten eines und desselben Meisters; Abschaffung aller gegen den Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetze, vor Allem derer über das Paßwesen; schließlich: Aufhebung der indirecten Steuern, Einführung einer progressiven Einkommensteuer mit Steuerfreiheit aller derer, welche nur das zum Leben Nothwendige haben, Wahl der Werkführer in Fabriken und Werkstätten unter Zuziehung der Arbeiter und endlich Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages für die Erwachsenen und gänzliches Verbot der Verwendung der Kinder unter 14 Jahren in Fabriken oder zum Hausirhandel, in Werkstätten dagegen nur bei Hinderung des regelmäßigen, vollen Schulbesuchs.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Februar 1893.

### Armuth und Armenpflege.

I.

In seiner Nummer vom 2. Februar d. J. berichtete der „General-Anzeiger“, daß in der ersten Arbeitslosen-Versammlung vom Referenten die Armenpflege in Breslau einer „ungerechtfertigten“ Kritik unterzogen worden sei. Inwieweit der „General-Anzeiger“ zu einer solchen Meinung „berechtigten“ Grund hatte, wollen wir dahingestellt sein lassen; wenn er aber weiter schreibt, daß unser Armenpflege-system besser als das anderer Communen sei, weil in Breslau die städtischen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen organisch mit einander verbunden seien, so macht er sich einer ziemlich auffälligen Schönfärberei schuldig. Im Uebrigen hat ja der „General-Anzeiger“ in diesem Artikel, in welchem er die betreffenden Meinungen zum Besten gab, einige ganz gesunde Anschauungen in der Auffassung der Dinge geboten. Während er noch wenige Tage vorher meinte, daß die zahllosen Offerten auf eine Annonce, welche Arbeit in Aussicht stellt, nur

lediglich beweise, was für ein vorzügliches Insertions-Organ der „Breslauer General-Anzeiger“ sei, so erkennt er jetzt an, daß die eigentliche Ursache in dem Bedürfnis nach Arbeit, von welchem ungezählte Hunderte befehle um ihr Leben zu fristen, vorhanden sei. Daß ferner nur große Herzlosigkeit und Unkenntnis der wirtschaftlichen und socialen Verhältnisse manche veranlassen könne zu sagen: „Es giebt schon Arbeit, wenn die Leute nur arbeiten wollten.“ Also Nothstand erkennt auch der „General-Anzeiger“ an, nur will er es bei keiner Gelegenheit mit der hohen Obrigkeit und den besitzenden Klassen — bei Leibe nicht — oerwerben. Von sehr geschätzter Seite (der „General-Anzeiger“ bringt sehr geschätzter Seite auch gesperrt) ist ihm in Anerkennung seiner treuen Dienste auch folgender beachtenswerther Vorschlag, wie er schreibt, zugegangen, der von ihm in Nummer 36 vom 5. Februar veröffentlicht wird. Darnach solle der Chef unserer städtischen Verwaltung schleunigt eine Versammlung der Vertreter aller Wohlfahrtvereine unserer Stadt einberufen, um sich mit ihnen über ein gemeinsames Handeln im Interesse und zum Wohle der Armen zu verständigen. Der „Verein gegen Verarmung und Bettelei“ mit seiner „musterhaften“ (???) Organisation könnte das Rückgrat für eine Zusammenfassung aller Wohlfahrtbestrebungen geben. Weiter unten wird dann mitgetheilt, daß die hiesige Armendirection sich aus 5 Magistrats-Mitgliedern, 34 Bezirksarmen-Directoren, einem ärztlichen und zwei geistlichen Mitgliedern zusammensetzt. Was bei der Zusammenfassung der Armen-Direction sofort auffällt, das ist, daß man ihr nur einen ärztlichen wohl aber zwei geistliche Beiräte gewährt. Man sieht hieraus, daß das leibliche Wohl der Armen man nur zur Hälfte soviel im Auge hat wie das einseitige himmlische nach Ueberständnis aller irdischen Pein. Dem Wesen nach soll sich aber die Armenpflege lediglich nur auf das irdische Wohl der Armen erstrecken. Jeder weitere Gesichtspunkt ist mindestens überflüssig. Wir hätten gegen die geistlichen Herren nichts einzuwenden, wenn wir nicht wüßten, daß diese Herren meistens immer die Urheber vom Maßstab der sogenannten Würdigkeit sind, mit welchem die Wohlthätigkeit gemeßt wird, die den Bittsteller empfangsberechtigt macht. In unserer heutigen Armenpflege ist der Maßstab der Würdigkeit denn auch der vorherrschende. Richtiger nach unserer Meinung würde es sein, als leitenden Grundlag bei der Armenpflege die Bedürftigkeit gelten zu lassen. Die Würdigkeit muß nur im untergeordneten Sinne in Betracht kommen, nur vielleicht als entscheidendes Moment bei einzelnen besonderen Fällen. Der Arme, der es nicht würdig ist, ist es bedürftig. Es ist übrigens von der heutigen fatten Gesellschaft Heuchelei und Raffinirtheit vom Elend Würdigkeit zu verlangen. Ferner hat es mit der „Würdigkeit“ auch sehr oft sein eigenes Bewandnis. Schreiber dieses hat die Ueberzeugung, daß bei 50 pSt. nach „Würdigkeit“ beurtheilter Fälle, in der heutigen Armenpflege, die Würdigkeit im edelsten Sinne des Wortes nicht vorhanden ist. Gewöhnlich sind würdig die, welche „gute Christen“, das heißt „gläubig“ sind; sie müssen ferner demüthig, bescheiden und recht „brav“ im Lebenswandel sein. Sie müssen dann des Weiteren, im deutschen Volkston gesprochen, es verstehen, und mer im niederen Volke lebt, zu ihm gehört und mit ihm fühlt, weiß er, daß sie es, diese „Würdigen“, verstehen, andere über ihre wahren Eigenschaften zu täuschen, namentlich, wenn diese Anderen davon überzeugt sind, daß Armuth und Reichthum in der heutigen Gestalt eine göttliche Einrichtung sei und wenn ihr Wohlthätigkeits-sinn mit gesellschaftlicher Erhabenheit sich in Wohlverwandtschaft löbend, den Drang ihrer Samaritergesühle leitet. Wer auf dem von uns hier gekennzeichneten Standpunkte steht, wird allerdings die Aufgabe einer Besserung unseres Armenpflege-systems in einer Herumpfung an unseren städtischen wie privaten Wohlfahrtseinrichtungen schon als gelöst erblicken; wir aber nicht. Wir erkennen wohl den guten Willen unserer bürgerlichen Philantropen (Menschenfreunde) an, wenn wir auch nicht mit der Art der Ausübung ihrer Menschensfreundlichkeit einverstanden sind, leiten aber hieraus das Recht, das Verfehlte der bürgerlichen Wohlfahrtseinrichtungen zu besprechen. Unsere bürgerliche Armenpflege hat zum Ziel, die Folgen der Armuth zu bekämpfen und das gelingt ihr sehr schwach. Weibes haben namentlich die „Breslauer Morgenzeitung“ und der „General-Anzeiger“ durch ihre localen Leitartikel in den Tagen der Aufregung über die Arbeitslosen-Versammlungen bewiesen. Richtig würde es sein, wenn unsere Wohlfahrtseinrichtungen als festes Ziel im Auge hätten, daß ihre wichtigere Aufgabe nicht in der Bekämpfung der Folgen der Armuth — sondern in der Beseitigung ihrer Ursachen liegt. Die vornehmste Nächstenpflicht ist, dazu beizutragen,

Zustände zu erringen, die Leben sich selbst helfen lassen. Die Gesellschaftsform der Menschheit so zu gestalten, daß Armenpflege und Wohlthätigkeit mit der Zeit vollständig überflüssig werden; dies müßte der Geist sein, der unsere Wohlfahrtsbestrebungen befehle. Leider ist nach dem Stande der Dinge nur wenig Aussicht vorhanden, daß solche Grundzüge bald zur Geltung kommen.

In dem angezogenen Artikel des „General-Anzeigers“ wurde verlangt, daß schleunigt der Chef unserer städtischen Verwaltung eine Versammlung der Vertreter aller Wohlfahrtvereine unserer Stadt einberuft, um ein gemeinsames Handeln herbeizuführen. Ein Centralisieren der Armenpflege halten wir für eine unbedingte Nothwendigkeit. Wenn aber weiter verlangt wird, den hiesigen „Verein gegen Verarmung und Bettelei“ zum Centralpunkt zu machen, so halten wir dies für gänzlich verfehlt. Zunächst sollte die communale Verwaltung die Hauptthätigkeit ausüben; uns will es scheinen, als sei man von jener Stelle aus bemüht, die Armenpflege immer mehr dem „Wohlwollen“ der privaten Wohlthätigkeit zu überlassen. Es spricht ja für diese Taktik das Eine sehr günstig, nämlich das Verlustiggehen des Wahlrechtes würde so Manchen nicht treffen. Da wir aber vor allen Dingen eine Steuerung der Arbeitslosigkeit wünschen, müssen wir schon fordern, daß die Commune zu allererst sich stets des Elends tausender ihrer Mitglieder eingedenk ist. Es ist selten der Fall gewesen! Seinen Grund hat dies darin, weil, wie wir schon in einem Artikel ausgeführt, die Herren, in deren Hände die Leitung der Geschäfte liegt, über den Umfang von Arbeitslosigkeit und Elend nie recht zu klaren Begriffen gelangen. Herr Oberbürgermeister wollte ja sogar einzeln die Fälle der Arbeitslosigkeit prüfen und demgemäß die Schritte zur Hilfe thun. Trotzdem sehen wir, wie jene Kreise schon öffentlich ihre Ohnmacht dem Elend gegenüber bekennen müssen. Stadtschulrath Pfundner richtete seiner Zeit an mehrere Zeitungen ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Die Mittel, welche ich zur Verabreichung von warmem Frühstück an nothleidende Schulkinder erhalten habe, sind derart erschöpft, daß ich die Rectoren der in Betracht kommenden Schulen habe ersuchen müssen, jene Wohlthat nur noch bis zum 11. Februar d. J. zu gewähren. Obwohl ich den Beginn der Gewährung des Frühstück gegen das Vorjahr um 12 Tage hinausgerückt habe, müßte ich bei dem großen Umfange des Bedürfnisses schon am 11. Februar d. J. fast einen Monat früher als sonst mit der Darbietung aufhören, wenn nicht die private Wohlthätigkeit mir zu Hilfe kommt. Diese von neuem anzuregen bitte ich die geehrte Redaction zugleich mit dem Ersuchen, die Ergebnisse der bisher etwa veranstalteten Sammlungen mir zukommen lassen zu wollen.“

Wir wollen hoffen, daß die Bitte des Herrn Schulraths Erfolg hatte.

In der Volksküche des Breslauer Asylvereins, Höfchenstraße 52, wurden vom 1. bis 31. Januar d. J. allein 32102 Portionen Witttagessen zur Verteilung gebracht. Der Durchschnitt pro Tag betrug 1132 Portionen. Außerdem wurden 75 Schulkinder mit Frühstück und Mittagessen während dreier Wintermonate im Asylhause versorgt. Und dennoch vermochte diese verhältnismäßig große Leistung nur sehr wenig dem Elend in den zugewiesenen Bezirken Abhilfe zu schaffen.

Der Verein gegen Verarmung und Bettelei schießt einen Aufruf von Haus zu Haus, von dem wir folgendes Geändnis entnehmen:

„Es gilt, die Armuth und Noth in unserer Stadt zu mildern. Tausende kämpfen alltäglich machtlos gegen die Uebergewalt des Elendes an, und mit der Armuth wächst das sittliche Verderben zum schweren Schaden unseres Gemeinwesens. Wer diese Unglücklichen nicht sieht und deshalb glaubt, daß für dieselben durch die städtische Armenpflege oder durch die verschiedenen wohlfühligen Anstalten bezw. Vereine genügend gesorgt sei, befindet sich im Irrthum, denn die zu Gebote stehenden Mittel sind bei Weitem nicht ausreichend, um die zunehmende Noth mit ihren verderblichen Folgen zu bewältigen. — Es folgt dann weiter, daß alljährlich über 10 000 Bittgesuche nach „Würdigkeit“ — und Bedürftigkeit genau zu prüfen sind.“

Dieser „Verein gegen Verarmung und Bettelei“ soll nach dem „General-Anzeiger“ das Rückgrat der gesamten Breslauer Wohlthätigkeitsbestrebungen sein. Das Wort „Würdigkeit“ allein ist ein Beweis dafür, daß dieser Verein nichts weniger als seine wirklichen Aufgaben zu begreifen fähig ist. Sehen wir uns seine Leistung an, und das Vertrauen was ihm von Seiten der Armuth entgegengetragen wird, so müssen wir wieder erkennen, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist.

Im Monat December v. J. haben im Arbeitsnachweise-Bureau dieses Vereins (Neue Weltgasse 41) 7 männliche und 8 weibliche Personen um Arbeit nachgesucht, während von Arbeitgeber 50 männliche und 56 weibliche Arbeitskräfte verlagert worden sind.

Im Monat Januar cr. haben sich als Arbeitssuchende gemeldet: 2 Arbeiter und je ein Anstreicher und Rutscher, ferner 5 Waschkfrauen, je 2 Arbeiterinnen, Bedienungsfrauen und Näherinnen, sowie ein Dienstmädchen. In demselben Monate sind von Arbeitgebern verlangt worden und in Beschäftigung getreten: 16 Arbeits- und Laufburschen, 12 Arbeiter, 4 Boten, 6 Haushälter, je 2 Schreiber, Tischler und Töpfer, und je ein Rutscher und Tapetenstreicher; ferner 45 Bedienungsfrauen, 16 Waschkfrauen, 4 Arbeitsfrauen, 2 Kinderfrauen und je eine Ausbesserin und Näherin. — Das Bureau nimmt nur solche Personen als Arbeitssuchende an, die in Breslau ortsangehörig sind und sich über ihre Unbescholtenheit genügend ausweisen können. Die Erledigung sämtlicher Aufträge erfolgt sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeiter vollständig kostenfrei.

Was bei vorstehenden Angaben zunächst auffällt, das ist die ungemein dürftige Benutzung des Arbeitsnachweises. Einen Grund hat es ja darin, daß der Verein nur ortsangehörigen und unbescholtenen Personen Arbeit zuweist. Wenn wirklich der „Verein gegen Verarmung und Bettel“ die Hauptleistung unserer Wohlthätigkeitsbestrebungen werden soll, was ja denn dann aus den Hunderten werden, die je einmal im Leben mit den Gesetzen der heutigen Gesellschaft in Conflict gerathen, weil die heutigen Wirtschaftsgesetze sie haben schuldig werden lassen? Die Begriffe, die wir hier weiter entwickeln könnten, decken sich mit unseren Ansichten über die Anwendung des Wortes Würdigkeit bei Bekämpfung der Armut. Eine fernere Schuld, daß das Arbeitsnachweise-Bureau so wenig von Arbeitssuchenden benutzt wird, liegt darin, daß ein großer Theil der diesen Arbeitsnachweise benutzenden Unternehmer Leute sind, die denselben nur benutzen, weil sie nicht billige und süßsame Kräfte von dort zugesandt erwarten. Man weiß ganz genau, daß der alles ertragende Lohnclave durch Vermittelung bürgerlicher Institutionen am ehesten zu erhalten ist.

[Zu viel gezahltes Fahrgehalt.] Der Droßknechtbesitzer Carl Simmonski hat am 1. d. Mts., Abends, auf der Fahrt von der Taschenstraße nach der Gräblichenerstraße von einem Fabrikant ein Zwanzigmarkstück an Stelle eines Einmarkstücks in Zahlung erhalten. Der zuviel gezahlte Betrag kann in der Wohnung des p. Simmonski, Matthiasstraße 28, abgeholt werden.

[Diebstahl.] In der Nacht zum 9. d. Mts. wurden aus der Kücherkammer eines Hauses auf der Berderstraße mittelst Einbruchs 12 Stück Mehlwürste im Werthe von 20 Mark gestohlen. — Am 9. dieses Monats, Abends, wurden von mehreren Haushütern auf der Vorwerkstraße die messingnen Thürklinen abgedreht.

[Verhaftung.] Am 9. d. Mts., Abends, wurde auf der Klosterstraße ein Bäckergehilfe bei einem Einbruch in eine Vorkammer, in der verschiedene Gefäße ihre Efficien aufbewahrten, ertappt und inhaftirt. — Festgenommen wurde am 10. d. Mts. eine Arbeiterfrau, die einer Briefträgerin ein blaues Kleid, einen schwarzen Umhang und ein paar Samaschen entwendet hatte.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängnis wurden am 10. d. Mts. 60 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Bäckergehilfen auf der Kupferstraße ein hellgraues Beinkleid; einem Geiz auf der Klosterstraße ein Geldebetrag von 9 Mark. — Abhanden kamen: 3 Portemonnaies mit 3,60, 4 und 63 Mark Inhalt; ein goldener Trauring ges. A. N. 6. November 1877. — Gefunden wurden: Zwei Körbe mit Zwiebeln, ein Ballen leere Säde, ein schwarzer Federfächer, ein goldener Ring mit 3 Perlen, eine Geldbörse, ein Regenschirm, eine Peitsche, ein evangelisches Gesangbuch, ein goldener Trauring, ein Pelztragen, eine defecte silberne Remontoiruhr.

## Schlesien.

**Goldberg.** 8. Februar. Als gestern früh in der siebenten Stunde der bei dem Vorwerkbesitzer Gottschling in der Niederau in Diensten stehende Knecht Fuchs die auf dem Oberporwerk am Rennewege bei dem Genannten ebenfalls beschäftigten Stelente Zimmerling zur Arbeit abholen wollte, fand er die Thür des Hauses, in welchem das Ehepaar wohnte, verschlossen. Er rief, etwas Schlimmes ahnend, durch das Fenster in das Zimmer. Schon auf dem Hausflur drang ihm Kohlenrauch entgegen. Er öffnete alsdann die Wohnung, und ein betäubender Anblick bot sich dem Eintretenden dar. Auf der bloßen Diele auf dem Rücken lag 3. schwer schlafend, während im Bett die Frau und unter ihr das ein Jahr alte Kind lag. Ebenso befand sich ein neun Jahre alter Knabe in einem anderen Bett bewußlos vor.

Während die beiden Kinder und der Mann noch Lebenszeichen von sich gaben, hatte die Frau bereits ihren Geist aufgegeben. Dem schnell herbeigeholten Arzte Dr. Hoffmann gelang es, die drei bewußtlosen Personen ins Leben zurückzuführen, während er bei der Frau nur den Tod zu constatiren vermochte.

**Hirschberg.** 8. Februar. Der Aetelaz bewilligte 1000 Mark als Prämien für getödtete Kreuzottern. Im letzten Sommer sind im Kreise gegen 3500 Stück Kreuzottern getödtet und mit je 50 Pf. bezahlt worden. Im nächsten Sommer soll die Prämie auf nur 25 Pf. herabgesetzt werden.

**Hirschberg.** Gewerkevereins-Versammlung. Am Sonntag, den 5. Februar, tagte hier selbst eine öffentliche Volks-Versammlung Hirsch-Duncker'scher Richtung. Dieselbe war von etwa 200 Personen besucht, von denen ein Drittel aus Socialdemokraten bestand. Als Referent war Herr Goldschmidt, Redacteur des „Gewerkevereins“ in Berlin erschienen, um den hiesigen Arbeitern zu zeigen, welches die richtigste Organisation ist, der sie sich anzuschließen haben, um als zufriedene Arbeiter zu leben und zu sterben. Redner entwickelte sein Programm sehr langweilig; der Herr Referent schien nämlich das Vereinsgesetz sehr wenig oder gar nicht zu kennen, indem er seinen Zuhörern etwas von socialdemokratischen Organisationen zum Besten gab. Herr Goldschmidt schien wohl nicht zu wissen, daß unsere politische Organisation und die Gewerkschaftsorganisationen zwei verschiedene Dinge sind, und daß in unseren Gewerkschafts-Organisationen nach dem Vereinsgesetz die Politik ebenfalls ausgeschlossen sein muß. Da man die Discussion so plötzlich schloß, konnte Schreiber dieses nicht mehr zum Worte kommen und so soll das Versäumte hier nachgeholt werden. Ferner kam Redner auf das Arbeitsgesetz zu sprechen, welches er der Socialdemokratie an die Rockschöße hängen wollte; auch hier konnte ich den Redner nicht widerlegen, da die Discussion geschlossen war; auch hier, Herr Goldschmidt, haben Sie sich wohl sehr geirrt; zwar haben unsere Freunde im Reichstage dafür gesprochen, weil es ein schöner Grundgedanke war, der dem Arbeiter im Falle der Invalidität oder auf seine alten Tage eine einigermaßen ausreichende Unterstützung gewähren sollte; in dieser Fassung jedoch, wie es Gesetz geworden ist, haben sie nicht gestimmt; aber gerade die freisinnige Partei war es, welche ihr Möglichstes dabei gethan hat. Redner stellte die Frage, was die Socialdemokratie seit 25 Jahren im Reichstage für die Arbeiter gethan habe und ging dann auf den Zukunftsstaat über; der freisinnigen Partei ganz allein nur sei das Arbeitergesetz zu verdanken. Na, das, Herr Goldschmidt, werden Sie doch Ihrem trübsen Harmonieapostel nicht zutrauen, daß er das Arbeitertruggesetz für ein Arbeitergesetz hält; es ist ein Arbeitgebergesetz, aber kein Arbeitnehmergesetz. Auch schien es Herrn Goldschmidt nicht zu passen, daß sich die Socialdemokratie noch nicht als Probir- und Zielscheibe für die Feindtätigkeiten der Gewerke hergegeben hat, indem er uns für zahm und geduldig erklärte gegenüber den Englischen Arbeitern, welche doch viel härter vorgegangen sind und da diese nichts weiter erreicht haben als den ständigen Normalarbeitslohn, so wird die deutsche Socialdemokratie mit ihrer Zahmheit auch das noch nicht erreichen, sondern die Gewerkschaften werden ins Hirsch-Duncker'sche Fahrwasser segeln und sich der freisinnigen Partei anschließen. Das werde das Ende der Socialdemokratie sein, der großen mächtigen und stärksten Partei Deutschlands. Nachdem der Redner Gleichnisse erzählte welche Partei wohl am schnellsten ans Ziel gelangen werde die Socialdemokratie auf dem kürzeren oder die freisinnigen auf dem längeren Wege, da mußte selbst einer der dümmsten seiner Anhänger die Worte laut werden lassen, ist das aber ein Quatsch. Redner schloß dann seinen eineinhalb stündigen Vortrag. Nachdem erhielt Genosse Kambach das Wort in dem er den Redner auf verschiedene Fragen widerlegte. Hierauf erhielt Herr Redacteur Dürholz das Wort um unsere Genossen Kambach zu widerlegen. Nachdem Genosse Kambach noch einmal das Wort ergriff, zog er mit Herrn Dürholz zu Felde und brachte alle seine Schmutzigkeiten vor was dem Herrn nicht sehr angenehm schien. Als noch ein Herr im Sinne des Gewerkevereins sprach erhielt unser Genosse Glaschleiter Haderl aus Oesterreich das Wort, welcher dem Referenten in vackerer Weise die Ziele der Socialdemokratie vorführte. Die Zuhörer waren wie vom Schlag getroffen als dieser Redner auftrat und schenkte ihm die größte Aufmerksamkeit, so daß auch nicht das geringste Geräusch zu vernehmen war; er schloß seine Rede mit den Worten, welche unser großer Meister und Vorkämpfer Karl Marx den Völkern der ganzen Erde zurief, „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“. Nachdem nun der Referent Herr Goldschmidt unsern Genossen Haderl in der gewöhnlichen Weise widerlegte, verlas er nach Schluß seiner Rede sofort eine Resolution, welche er selbst verfaßt hat und von Seiten seiner Anhänger auch Annahme sofort schloß der Vorsitzende die Versammlung und so konnte weder Genosse Haderl noch verschiedene andere Genossen nichts mehr vorbringen. Wir jedoch wissen jetzt was aus uns werden wird, da Herr Goldschmidt es uns prophezeit hat: lassen Sie sich die Zeit aber nicht lang werden, auf Wiedersehen Herr Goldschmidt.

## Vereine u. Versammlungen.

**Breslauer Conjum-Verein.** Am Freitag den 8. Februar, abends 8 Uhr fand in Köler's Locale, Friedrich-Wilhelmstraße 68 eine allgemeine Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Stellung von Anträgen zur nächsten General-Versammlung und Vorbereitung der demnächst stattfindenden Delegirtenwahl. Herr Büchner, die Besprechungen einleitend, hebt hervor, daß vom 1. Januar d. J. ein Statut in Kraft tritt, welches gegenüber dem durch die Bewegung zustandekommenen für die Mitglieder wesentliche Nachtheile enthalte. Unter den Abänderungen wäre besonders die Bestimmung, daß der Geschäfts-antheil auf 30 Mark erhöht wurde. Durch diese gehen tausende von Mitgliedern ihres Wahlrechtes verlustig. Eine weitere Neuerung, die Erhöhung des Reservefonds von 10 auf 15 Procent, ist ebenfalls überflüssig.

Redner stellt im Anschluß hieran den Antrag, alle Beschlüsse, welche eine Aenderung des Statuts zur Folge hatten, sollen aufgehoben werden. In der sich an diesen Antrag knüpfenden Discussion meint zunächst Herr Reineckus, daß der Antrag wohl schwerlich Annahme zu erhoffen hätte, weil eben tausende von Mitgliedern nicht mehr wahlberechtigt sind. Herr Büchner bemerkt erklärend, daß der Antrag auf Erhöhung des Geschäfts-antheils seinerzeit begründet wurde damit, daß die vorhandenen Geldmittel des Vereins nicht reichten. Ihm (dem Redner) komme es vor, als wenn man nur dadurch die Rechte der Mitglieder beschränken wollte. Es sei auch bagewesen, daß Einzahlungen des Geschäfts-antheils zurückgewiesen wurden, während ein Paragraph des Statuts solche bis zu 500 Mark gestattet. Verwaltungsrathsmitglied Herr Spreu bemerkt, daß Geldereinzahlungen, wie erwähnt jedenfalls nicht in der richtigen Weise vorgenommen worden sind. Einen derartigen Antrag hätte man seitens des Verwaltungsraths stets angenommen. Jeder der es mit einem so großen Verein ernstlich meint, wird helfen den Bau zu stützen, nicht einzureißen. Die Erhöhung des Betriebskapitals war nothwendig. Der Verein verkaufe nicht nur gegen bar, sondern er kaufe auch gegen bar. Dies kann er aber nur dann, wenn möglichst viel Geld habe, um die verschiedenen Konjunkturen auszunützen. Herr Prietsch hält die plötzliche Aenderung des Statuts für nicht gerechtfertigt. Die Erfahrung wenigstens hätte den Beweis dafür nicht ebracht, daß die bisherigen Bestimmungen unbrauchbar waren. Vielleicht sind dies Mittel, die Bewegung zu untergraben, weil sie unbequem ist, der Verwaltung auf die Finger sieht. Man möchte seitens derselben im Conjumverein ein Socialistengesetz schaffen, nun, die Erhöhung des Geschäftsanteils ist schon ein solches. Herr Büchner wendet sich gegen Spreu. Herr Gramatky hält auch für zweifelhaft, ob die geäußerten Anträge auch Annahme finden werden. Herr Köppen erwidert Herrn Spreu bezüglich der Einzahlungen zum Geschäftsantheil, welche thatsächlich zurückgewiesen wurden. Die Aussichten auf Erfolg mit diesen Anträgen erscheinen auch ihm gering, besonders der schwache Besuch der Versammlung sei auch nicht recht zur Berathung derselben geeignet. Herr Wolf bringt ebenfalls Beweise für Nichtannahme von Einzahlungen. Demgegenüber erklärt Herr Spreu, daß die Direction mit Einzahlungen nichts zu thun habe; das sei Sache des Verwaltungsrathes, und man möge sich an ihn betreffs derselben wenden. Darauf erwidert Herr Prietsch, daß, wenn auch Direction und Verwaltungsrath gesondert sind, ein Ueberweisen eines an die falsche Adresse aelangten Ersuchens von dieser an die zuständige Körperschaft Blag greifen könnte. Herr Flöte ist der Ansicht, daß der Geschäftsantheil von 20 Mark gegen das Princip des Vereins ist. Es ist empörend, daß man der großen Masse, tausende ihres Wahlrechtes entzogen werden. Der Antrag Büchner wird darauf angenommen. Im weiteren gelangen die speciellen Anträge paragraphenweise zur Berathung. Angenommen wird eine Aenderung des § 8 Absatz 2 nach der die Stimmberechtigung der Verastung in der General-Versammlung beschränkt werden soll, ebenso ein Antrag zu § 16 Absatz 4, betreffend die Verantwortlichkeit der Direction. Ganz besonders gegen den letzteren sprach Herr Spreu, hervorhebend, daß das Handelsgesetz ohnehin schon die Direction verantwortlich mache. Ihm wird von Herrn Büchner entgegnet, daß jede Genossenschaft derartige Bestimmungen besäße. Angenommen wird ferner der Antrag zu § 23 gegen Erhöhung des Geschäftsanteils, eine Abänderung zum § 29 Absatz 4, den Reservefonds anlangend. Herr Büchner stellte darauf noch einige Anträge zur Wahlordnung, mit der Begründung, daß die Fassung in den jetzigen Statuten ungunstig für viele Mitglieder sei. Dieselben werden angenommen. Nach einer von ihm eingebrachten Resolution soll bereits Stellung zu den Delegirtenwahlen genommen werden. Nach kurzer Debatte zieht jedoch Herr Büchner dieselbe zurück, weil man die Bekanntgabe der Bezirkseinteilung erst abzuwarten hätte. Gemäß einem Vorschlage Herrn Köppens soll die Einberufung einer allgemeinen Mitglieder-Versammlung erfolgen, im Uebrigen müsse der Wille der Gesamtheit vorhanden sein, wenn die angeregten Anträge auf Erfolg rechnen wollen. Zur Vertretung derselben ernannt die Versammlung Herr Büchner als Bevollmächtigten. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen schließt der Vorsitzende um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr die Versammlung.

**Lezejimmer 3.** Dienstag, den 7. Februar, fand im Gasthaus „Zum Raden“, Vorwerkstraße 47, eine Mitgliederversammlung des zum socialdemokratischen Verein gehörigen Lezejimmers 3 statt. Es wurde eine Vorlesung aus der neuen Zeit gehalten. Der vorgelesene Artikel lautete: „Aus der Naturgeschichte

der Edelsten und Besten." Der Artikel behandelt in äußerst trefflicher Weise die Verkommenheit der herrschenden Kreise in Frankreich vor der großen Revolution. Ferner die sittliche Fäulnis wie sie zur selben Zeit in deutschen Fürstenthümern vorhanden war. Der Vorlesung folgte eine rege Discussion. Donnerstag wurde im Vereinslocal ein geselliges Beisammensein veranstaltet. Dieser gesellige Abend endete zur vollen Befriedigung aller Theilnehmer.

Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Volkswacht.“

Deutscher Reichstag.

41. Plenar-Sitzung vom 10. Februar 1893. 1 Uhr. (Schluß).

Preuß. Handelsminister von Berlepsch weist die Erörterung rein preussischer mit der Gewerbeordnung nicht in Verbindung stehender Angelegenheiten zurück. Der Gewerbeordnung widerspreche es nicht, wenn ein Arbeitgeber die Bedingungen nominire, unter denen er einen Arbeiter annehmen will. Das ist eben seine Sache. Von einer Verschleppung der Einführung der Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk sei keine Rede, ebenso wenig davon, daß seitens der Großindustrie nach dieser Richtung eine Beeinflussung versucht worden sei. Die Verögerung liege an der Ueberlastung des Reichstags des Innern. Der ihm gemachte Vorwurf zu großer Schablonirung sei unbegründet; den Communen sei die Feststellung der Stunden durch ortstatutarische Regelung überlassen worden. Die Klagen gingen übrigens nicht von den Consumenten aus. Mit der Gewährung von Annehmungen müsse man vorsichtig sein, um nicht mit der einen Hand zu nehmen, was mit der anderen gegeben worden. Eine längere Uebergangszeit sei nöthig, damit sich die Neuerung einlebe. Die erlassenen Ausführungsbestimmungen bezwecken lediglich, den Handlungsgehilfen nach den Intentionen des Reichstages die Sonntagsruhe auch wirklich zu sichern. 5 Stunden Verkaufszeit an Sonntagen sei genug; das Publikum müsse sich nur darnach richten. Er werde nur in den allernöthwendigsten Bedürfnisfällen Ausnahme zulassen.

Bayrischer Bundesvollmächtigter Geheimrer Rath Saudmann verteidigt die Ausübung des Gesetzes in Bayern. Hier seien Anfangs die meisten Beschwerden laut geworden; nachdem die Vorschriften gemildert worden, habe sich die Stimmung beruhigt.

Abg. Hise (Centr.): Unsere Arbeiterschutzgesetzgebung könne doch nicht so schlecht sein, wie sie die Socialdemokratie sonst immer hinstelle, denn sonst würden sie nicht einer Ausdehnung des Wortes reden. Die Ausführungsbestimmungen des preussischen Handelsministers gingen über das Gesetz hinaus, indem sie den Geschäftsverkehr nach 3 Uhr Nachmittags ausschließe. In Allgemeinen herrsche über die Sonntagsruhe volle Vertheidigung.

Abg. Stöcker (cons.) wünscht zwar nicht, daß im Allgemeinen bei Annahme von Arbeitern im Staatsbetriebe auf politische Gesinnung gesehen werde, billigt es aber, daß die Regierung in ihren Betrieben Arbeiter nicht beschäftigen wolle, die für die Socialdemokratie agitatorisch thätig seien. Mit der Regelung der Sonntagsruhe in Preußen sei im Allgemeinen das Richtige getroffen. Für energische Wahrung der Sonntagsruhe müsse um so mehr gesorgt werden, als viele christliche Handlungsgehilfen in jüdischen Geschäften angestellt seien. Die durch die Gastwirthschaften den Nahrungsmittel- und Cigarrenhändlern gemachte Concurrrenz könnte dadurch beschränkt werden, daß die Gastwirthschaften Vormittags geschlossen würden. Dadurch erhielten auch die Kellner die Möglichkeit den Gottesdienst zu besuchen.

Abg. Wöllmer (freis.): Die Klagen über die Handhabung der Sonntagsruhe würden abnehmen, je länger die Interessenten Gelegenheit haben, sich zu accomodiren und je weniger sich die Behörden bei der Durchführung auf einen zu starren Formalismus versteifen. Manche Beschwerden würden schwinden, wenn die Kirchenbehörden nicht, das Zustandekommen eines Disziplinars verhierten.

Abg. Bebel weist darauf hin, wie sich gegen die ganze Gesetzgebung die freisinnige Partei und namentlich auch die freisinnige Presse gestellt habe und behauptet alsdann dem Minister v. Berlepsch gegenüber, daß der Reichstag sehr wohl das Recht habe, sich über die Handhabung von Gesetzen in den Einzelstaaten zu äußern. Der Boykott werde von der Socialdemokratie nur verhängt, wenn sie sehe, daß die socialdemokratischen Arbeiter anders behandelt werden, als andere. Er habe vorher nachgewiesen, daß gerade von den Staatsverwaltungen durch deren Fabrikordnungen die Gesetze in der flagrantesten Weise gegenüber den socialdemokratischen Arbeitern verletzt würden, während man gerade von den Staatsbehörden verlangen müsse, daß sie in erster Linie die Gesetze respectiren. Und dabei erreiche die Behörde mit ihrem Vorgehen gegen die socialdemokratischen Arbeiter nichts. Sie erziehe einfach Heuchler. Je intelligenter die Arbeiter sind, desto mehr sei die Socialdemokratie unter ihnen vertreten. An den Staatssecretär v. Bötticher richte er Namens seiner Partei die Frage, ob er geneigt sei, dem nächsten Reichstage eine Zusammenstellung der von Verwaltungsbehörden auf Grund des § 105c erlassenen Anordnungen vorzulegen, damit man sehen könne, wie die Verwaltungsbehörden sich innerhalb der verschiedenen Bezirke zur Sache stellten. Je nach dem Ausfalle der Antwort behalte er sich weitere Anträge vor.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich sehe augenblicklich kein Hinderniß, welches der Erfüllung des Wunsches des Vorredners entgegenstehen könnte. Es wird diese Zusammenstellung freilich ein etwas umfangreiches Opus werden, aber ich will es versuchen und wenn nicht entschiedene Bedenken dagegen auftauchen, so werde ich sehr gern dem Wunsche nachkommen. Darauf wird die Fortsetzung der Berathung auf morgen 1 Uhr verlagt.

Schluß 5 Uhr 30 Min.

42. Plenar-Sitzung. Vom 11 Februar. 1 Uhr. Die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Dr. North wird entsprechend dem Antrage der Geschäftsausschusscommission (Ref. Dr. North) einstimmig erteilt. Gegen Dr. North, Director der Bodencredit-Aktiengesellschaft in Straßburg i. E., liegt nach Ansicht der dortigen Staatsanwaltschaft der Verdacht eines Verstoßes gegen die Vorschriften des Actiengesetzes vor, der neben anderen Strafen auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann. Dr. North hat die ihm zur Last gelegte Handlung bestritten und angegeben, daß er selbst von seinem Mitdirector hintergangen worden. Die Commission ist der Meinung, daß es sowohl im Interesse des Reichstags wie des Angeklagten selbst liegt, wenn die Sache sobald als möglich zum gerichtlichen Austrag gebracht wird.

Dann wird die Berathung des Etats des Innern fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) beaucert, daß es nicht möglich ist, die Sonntagsruhebestimmungen für Industrie und Handwerk am 1. April einzuführen und empfiehlt, daß bei der Ausführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe den örtlichen Verhältnissen nach Möglichkeit entgegengekommen werde. Insbesondere dürften die sechsten Geschäfte nicht durch den Hausbetrieb leiden. Der vom Minister empfohlenen ortstatutarischen Regelung seien vielfach seitens der höheren Verwaltungsbehörden Schwierigkeiten gemacht worden. Im Ganzen werde die Sonntagsruhe wohlthätig wirken und die daraus entstehenden Nachteile würden durch die Vortheile aufgewogen. Die Frage der Arbeitsordnungen gehöre nicht hierher. Die Arbeitgeber müßten das Recht haben, die Bedingungen festzustellen, unter denen sie Arbeiter beschäftigen wollen. Es sei ganz in der Ordnung, wenn Socialdemokraten aus den Staatswerkstätten ferngehalten würden.

Abg. v. Vollmar (Soc.-Dem.): Ihr christlich-religiöser Standpunkt müßte Sie doch eigentlich zu der vollen Sonntagsruhe führen. Statt dessen haben Sie einen Compromiß zwischen Religion und Geschäft geschlossen und 5 Verkaufsstunden zugelassen. Und was hat sich nicht trotzdem für ein Lärm über die Sonntagsruhe im Lande erhoben! Es ist ein Markt und Feilschen losgegangen, daß einem dabei eckig werden konnte. Nicht etwa die Arbeiter haben den Lärm geschlagen, sondern gerade die Christlich-Religiösen. Hier im Hause freilich stellen Sie sich, als ob Sie, wer weiß was an Sonntagsruhe für die Arbeiter beschließen möchten und als wäre das, was wir an Sonntagsruhe haben, nur Ihnen zu verdanken. Aber draußen im Lande reden Sie ganz anders, da haben Sie sogar Ihren katholischen Wählern vorgeredet, an den kleinen Mißständen, welche für Einzelne die Sonntagsruhe mit sich bringt, trügen die verdamnten Socialdemokraten die Schuld. Bei Ihrer Doppelzüngigkeit wollen Sie draußen von der Sonntagsruhe nichts wissen während Sie sie sich hier als Verdienst anrechnen; und genau dieselbe Doppelzüngigkeit verrathen Sie in Bezug auf das Alters- und Invaliditäts-Gesetz. Und die Regierungen, die Behörden, capituliren auf Schritt und Tritt gegenüber den Bestrebungen, die Sonntagsruhe wieder einzuführen. Vor Allem ist das in Bayern der Fall und das wird auch durch den geistigen Widerspruch des bayerischen Bevollmächtigten Landmann durchaus nicht widerlegt. Wie in Nürnberg, so ist auch in Fürth von den Behörden 14stündige Verlaufszeit gestattet worden. In ganz Schwaben eine 7stündige und für die Lebensmittelbranche den ganzen Tag! Was bleibt denn da noch übrig von der Sonntagsruhe? In Oberbayern hat die Regierung einfach im Großen gearbeitet und bestimmt, daß das gesammte Ladengeschäft nicht etwa bloß in notwendigen Lebensmitteln, sondern in allen Waaren — den ganzen Tag bis 9 Uhr dauern kann, abgesehen von den Kirchenstunden. Daß das mit der Pflicht des oberbayerischen Reg.-Präsidenten, das Gesetz gewissenhaft durchzuführen, nicht vereinbar ist, hat sogar der schwäbische Reg.-Präsident offen ausgesprochen. Wie Herr Stöcker von seinem religiösen, so fordern wir von unserer socialpolitischen Standpunkte, daß die Regierungen endlich einmal gegen die Unternehmer ein Rückgrat zeigen. Auch im Gastwirthsgewerbe müßten endlich einmal die Angestellten wenigstens den dritten Sonntag frei haben. In Bezug auf die Regelung der Socialdemokraten in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten hat gestern Herr v. Berlepsch gesagt, das gehe das Reich nichts an. Ich hätte gewünscht, der Minister hätte sich nicht auf diesen schwächlichen Standpunkt gestellt. Damit erscheint ja jede Verantwortlichkeit der Reichsbehörde aufgehoben. Ich meine, jede große wichtige Frage gehe das Reich an, welche Spinweben von Paragraphen dem auch entgegenzusetzen scheinen. Der Reichstag sollte sich nach seiner Meinung ein Beispiel an den Regierungen nehmen, die ja auch zu ihren Rechten immer neue hinzugewinnen bestrebt sind. Die Entlassung von Arbeitern aus solchen Gründen ist auch ungesetzlich, denn sie ist eine Strafe, und Strafen dürfen nur aus bestimmten gesetzlichen Gründen verhängt werden. Ließe man das zu, so würde man dem Staat ein eigenes Vertragsrecht zugestehen, und mit demselben Recht würde der Staat dann auch von seinen Beamten verlangen können, daß sie conservativ seien. Wenn Sie solche Dinge mit unseren Boycotts vergleichen, so übersehen Sie ganz, daß wir nur boycottiren, wo man uns allein verweigert, was man allen anderen Parteien gewährt, wo man uns die Versammlungssäle vorenthält, während man allen anderen Parteien die Säle hergiebt. Wir haben auch immer zur Vorsicht bei Anwendung von Boycotts gerathen. Mit unseren Boycotts können Sie also doch die gegen die Socialdemokratie gerichteten Arbeitsordnungen der Staatswerkstätten nicht rechtfertigen. So gut wie Sie das Leben socialdemokratischer Zeitungen verbieten, so gut könnten Sie auch in die Arbeitsordnungen hinein schreiben, daß der Arbeiter keine socialdemokratischen Stimmzettel abgeben darf, oder etwa, daß er dem Director des Werks seine Stimme geben muß. In Frankreich ist es bei hoher Strafe verboten, dem Arbeiter sein Coalitions- oder Wahlrecht zu beeinträchtigen. Hier können wir, bei unserer Minorität, so etwas natürlich nicht durchsetzen. Zwingen, nicht mehr socialdemokratisch zu denken, können Sie den Arbeiter doch nicht! Jedenfalls protestiren wir gegen eine solche Entrechtung von Bürgern, die eben so gut wie alle anderen, ihre Steuern zahlen, bloß wegen ihrer politischen Gesinnung. (Beifall.)

(Schluß folgt).

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 10. Februar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Kaufmann Richard Kiedler, evang., Ohlauerstraße 7, und Clara Reinsch, kath., Büttnerstraße 10.11. — Sergeant im 10. Infanterie-Regim. August Renner, evang., Langeasse 49, und Pauline Erber, evang., Friedrich-Carlstraße 9. — Arbeiter Paul Schmidt, evang., Dorotheengasse 8, und Anna Pasche, evan., ebenda. — II. Pratischer Arzt Dr. Max Herzog, evang., Schweidnitz, und Helene Herzog, evang., Brüderstraße 53. — Hausdiener Hermann Fuhrmann, evang., Lauenhienstraße 74a, und Susanna Kleinert, evang., hier. — Seisenfieder Adolf Grenzer, kath., Sedansstraße 21, und Anna Kutsche, evang., Friedrichstraße 75. — III. Schuhmacher Robert Hilgner, kath., Elbingsstraße 5, und Marie Salzbrunn, kath., ebenda. — Ehe-schließungen. I. Russcher Wilhelm Martisch, ev., mit Pauline Sprobowitz, ev., hier. — Fleischer Berth. Zedler, evang., Cavallen, mit Sophia Duak, geb. Stojensky, kath., hier. — II. Hausknecht Paul Wenzel, kath., mit Ida Sunder ev., hier. — Administrator Otto Kolbe, ev., Stadler, Kreis Königsberg i. d. N., mit Helene Kiebedyn, ev., hier. — III. Porstschändler August Wenzel, kath., mit Agnes Mary, kath., hier.

Berichtigung. In den Eheschließungen I vom 9. Februar muß es heißen: Geschäftsführender Alfred Bachmann mit Marianne Gottheimer (nicht Guttman).

Geburten. I. Schloffer Heinrich Kische, kath., L. — Klempner Gustav Jettke, ev., L. — Lacktrier Josef Zureczek, kath., L. — Schneider Johann Haybam, kath., S. — Werkmeister Adolf West, ev., S. — II. Wollkämmer Friedrich Richter, ev., L. — Notarlegler Theodor Fielshauer, ev., S. — Handelsmann Josef Gröschel, kath., Zwillingstöchter. — Eis-händler Carl Haberecht, ev., S. — Hilfsbremsler Paul Kuhn, ev., S. — Kärner Ferdinand Leipe, ev., L. — Kärner Ernst Schmidt, kath., S. — II. Handschuh-Fabrikant Hermann Furchbrich, ev., S. — Arbeiter August Thomas, kath., L. — Kellner Adolf Michel, ev., S. — Tischler Heinrich Föhrer, ev., L. — Kutscher Robert Felle, evang., Zwillingstöchter. — Kaufmann Reinhold Schröder, ev., S. — Kürschner Robert Kofcharre, ev., L. — Schneidermeister Carl Kühn, ev., L.

Todesfälle. II. Wirthschafterin Catharine Kremsler, 48 J. — Max, S. des Stellmachermeysters Carl Faltus, 9 Wch. — Gustav, S. des Erbsch August Schiller, 1 J. — Elfriede, T. des Kellners Paul Ficker, 2 J. — Hulda, T. des Arbeiters Josef Bientke, 4 J. — Irma, T. des Civil-Ingenieurs Georg Mattisohn, 3 Wch. — Maritz, T. des Haushälters Josef Stolle, 1 J. — Kellnerwitwe Christiane Dittich, geb. Gabriel, 33 J. — Malersfrau Bertha Walter, geb. Reinsch, 57 J. — Kaufmann Otto Homilius, 51 J. — Arbeiter Julius Gregor, 52 J. — Ordens-Conventual Mik. Kitzel, 69 J. — Puhmacherin Julie Bartels, 65 Jahr. — Arbeiterwitwe Christiane Rudolph, geb. Vogt, 75 Jahr. — Emma, T. des Hilfsbremsers Eduard Obst, 4 Wch. — Elisabeth und Gertrud, T. des Hilfsbremsers Carl Busch, 3 J. — Kaufmannswitwe Natalie Degenkolb, geb. Carol, 74 J. — Knecht Carl Puffe, 31 J. — III. Grenadier im 11. Regiment Josef Juchsel, 20 J. — Kaufmannsrau Louise Schädlich, geb. Feilhauer, 50 J. — Lebigke Stickerin Louise Preßgott, 69 J. — Elfriede, T. des Tischlers Eduard Junf, 1 J. — Louise, T. des Cigarrenmachers Rudolf Brunzel, 1 J. — Arbeiterwitwe Marie Nowak, geb. Gschwel, 88 J. — Arbeiterwitwe Marie Heimann, geb. Wusch, 72 J. — Hausbesitzer Theodor Wensle, 48 J. — Gymnasiallehrer-witwe Emilie Pohla, geb. Hertig, 43 J.

Breslau, 11. Februar. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (p. 1000 Kgr.) per Februar 134.00 B., April-Mai 137.00 B., Mai-Juni 139.00 B., Juni-Juli 140.00 B. — Hafer (per 1000 Kilogr.) per Februar 133.00 B. — Hübel (per 100 Kgr.) — gelb. — Str., loco in Qualitäten a 5000 Kgr. — per Februar 53.50 B., April-Mai 54.00 B. — Spiritus per 100 Ltr. (a 100 pSt.) ohne Faß: excl. 60 und 70 Mt. Verbrauchsabgabe, gelb. — Str., abgelassene Rübungs-scheine — per Februar 50er 50.10 B., 70er 30.60 B., April-Mai 50er —, 70er 32.50 B.

Breslau, 10. Februar. Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 25.00 bis 25.50 Mt. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22.25 — 22.75 Mt. — Weizen-Meile per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8.40 — 8.80 Mt., b) ausländisches Fabrikat 8.00 — 8.40 Mt. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 20.50 — 21.00 Mt. — Futter-mehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9.20 — 9.60 Mt., b) ausländisches Fabrikat 8.80 — 9.20 Mt.

Breslauer Marktpreise vom 10. Februar per 100 Kilogr. Table with columns: gute, mittlere, geringere; and rows: Weizen weißer, Weizen gelber, Roggen, Hafer, Erbsen.

Heu: 38) — 4,10 Mt. pro 50 Kilogr. — Stroh: neues 29,00 — 31,00 Mt. pro Schock

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Von 12 — 1 1/2 Uhr Mittags. Kenstadt, F. B. (Verspätet.) Für den Preis-Fonds 40 Pf.

Briefkasten der Expedition.

Für die freikundigen Metallarbeiter: Au-schneitlich durch M. Neumann gesammelt 80 Pf.

### Theater-Nachrichten.

#### Stadt-Theater.

Montag:  
Und Anlaß des Todestages Richard  
Wagner's:  
Waltüre.  
Dienstag:  
Djazzi.  
Ein Straßrapport  
oder: Der Einjährig-Freiwillige.

#### Lobe-Theater.

Montag:  
Zum letzten Male:  
Die gelehrten Frauen.  
Dienstag:  
Familie Pont-Biquet.  
Dienstag:  
Zum ersten Male:  
Eine Palast-Revolution.  
Lustspiel in 4 Acten von Richard  
Storionnet.

#### Circus Krenbser.

Breslau, Louisenplatz.  
Montag, den 13. Februar:  
Große Gala- und  
Benefiz-Vorstellung  
für Frau Director  
Paula Krenbser.  
Auf allgemeines Verlangen  
zum unwiderruflich letzten Male:  
Seebad Ostende.  
Große Ausstattungs- und Wasser-  
pantomime in 2 Acten vom Director  
Krenbser.  
Dienstag, den 14. Februar:  
Große Vorstellung.  
Näheres beizugehen die Tageszettel.

#### Bettfedern! Bettfedern!

Um jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten, verkaufe ich mein großes Lager fertiger Betten zu wahren Sportpreisen: auch offerire ich mein großes Lager Bettfedern von den geringsten bis zu den feinsten Sorten, zu noch nie dagewesenen billigen Preisen, und ist hiermit Jedem Gelegenheit geboten, spottbillig einzukaufen.

Beamte und Wiederverkäufer besonders Begünstigung.

587 Nur bei  
**Heinrich Danziger,**  
Neue Weltgasse 37.

### Eine Welt- und Lebensanschauung

für das Volk

mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von J. G. Vogt

in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. = 6 Kr. 5. B.  
Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

### Gegen die Militärvorlage!

Soeben erschienen:

**100,000 Soldaten mehr!**

Ein Wort zur Militärvorlage  
von Emil Rosenow.

Preis 10 Pfennige.

Verlag von C. G. Ludwig in Chemnitz.

Diese Broschüre behandelt in eingehender Weise die Militärvorlage, sie bringt das ganze Zahlenmaterial, die Staatsschulden, die indirekten Steuern, die durch die Vorlage erzeugten Belastungen, die beabsichtigte Heeres-Organisation, eine Kritik der neuen Steuerprojekte, die Stellung der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie, die Forderung der Volkswacht. — Die Broschüre ist durch ihren billigen Preis und durch ihren packenden, trefflichen Inhalt ein Agitationsmittel ersten Ranges, welches überall seine Wirkung thun wird. Allen Genossen empfehlen wir dasselbe. — Für Wiederverkäufer, Colporteurs höchster Rabatt. — Einzelbestellungen ist der Betrag und das Porto beizulegen.

Zu haben in der Expedition d. Blattes.

**Feine Sahheringe,**  
die Mandel von 0,30—1,20 Mk.  
Ring 46. im Hofe.

### Kaffee! Kaffee!

Stets frisch gebrannt, d. Pfd. 120, 130, 150, best. weißer Arabica, d. Pfd. 27 Pf., best. Würfelkaffee, d. Pfd. 30 Pf., bestes Weizenmehl 00, d. Pfd. 12 Pf., Tafelreis, Graupe, Hirse, d. Pfd. 15 Pf., bester Jamaika-Rum, d. Hr. 100 Pf., best. Petroleum, d. Ltr. 17 Pf., Seife, Soda, Lichte, Stärke, Hülsenfrüchte bill.

**Otto Ogrowsky Jun.,**  
45, Große Grobshengasse 45.

Der schlechten Geschäftszett  
entsprechend verkaufe ich 42  
**Möbel, Spiegel und  
Polsterwaren** zu spottbilligen  
Preisen  
**Carl Scholz.**  
Nur 15, Stadlergasse 15.

### Rohtabak

**Seydel & Junghans**  
Breslau,  
Carlsstraße 30 (Hirschel). 452

### Stiefel

515.  
und Schuhe für Herren  
Damen und Kinder,  
vorzüglich und billig, bei  
**M. Thomas,**  
31 Friedrich Wilhelmstr. 31

### Bauten

Renovation, Facadenputz, Umbau,  
Beaufsichtigung, Uebernahme von  
Neubauten übernimmt **äußerst  
billig**, Zeichnungen, Kosten-  
anschläge u. gratis, sowie jede tech-  
nische Arbeit.  
Geßl. Dferrt. unter A. C. 21  
Briefkasten d. Zeitung.

## Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

### Lesezimmer Nr. I.

Kulm's Local, Ludwigstraße 8.  
Dienstag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen W. Langner: **Ablösungen der  
Grundlasten des schlesischen Bauernvolkes.** 2. Discussion.  
3. Interpellation.

### Lesezimmer Nr. II.

Küster's Local, Lehndamm 28 (Dahof).  
Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:  
1. Vortrag: **Es geräth, in Breslau ein Socialisten-  
klub zu gründen?** Referent: Genosse Geiser. 2. Discussion.  
3. Interpellation und Anträge.

### Lesezimmer Nr. III.

Vorwerksstraße Nr. 47. Gasthof „zum Haben“.  
Dienstag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Schöps; 2. Discussion. 3. Verschiedenes.  
Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder.

### Gesangsabtheilung.

„Drei Tauben“, Neumarkt Nr. 8.  
Mittwoch, den 15. Februar, Abends von 8 Uhr ab:  
Übungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme  
neuer Mitglieder. — Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.

Der Vorstand.

### Arbeiterverein Pöpelwitz.

Dienstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder - Versammlung**  
im Lokale des Herrn Gutsmann.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Schöpf. 2. Discussion. 3. Verschiedenes.  
Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

### Billigste Bezugsquelle für Cigarren!

Differire in nur guter Qualität und bei promptester Lieferung:  
— **Sumatra-Cigarren.** —  
vorzüglich brennend, in 1/10 Kisten 2,00 Mk., 2,50 Mk. u. 3,00 Mk.  
— **Kein amerit. Röhungen** in 1/10 Kisten 3 Mk. und 4 Mk.,  
— **Feinster Feliz-Brasil** per 1/10 Kiste 4,50 bis 6,00 Mk.  
— **Geschlittene und ungeschlittene Rippen** billigst.  
**Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner,**  
Fabrik und Hauptgeschäft:  
Breslau, Kockplatz 11, am Odehorbuhnhof.  
Filialen: Scholzstraße 1, Brunnen 35, Friedr. Wilhelmstr. 4, Klosterstr. 28 a.  
Neu eröffnet: Schmiedestraße 47.

Über 500 Illustrationsblätter und Kartenbeilagen.  
Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.  
**M E Y E R S**  
**KONVERSATIONS-LEXIKON**  
VIERTE AUFLAGE.  
Das 1. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung zur Ansicht.  
286 Heft à 50 Pfennig. — 16 Halbfranzbände à 10 Mark.

Soeben wurde fertig die  
**Einbanddecke**  
zur  
**„Neuen Welt“**  
Jahrgang 1892.  
Schmuckvolle Ausführung in rothem Kaliko.  
Mit Goldtitelprägung . . . Preis 1,— Mk.  
Mit Schwarzdruck . . . . . —,80 —  
Jeder Decke wird Titelblatt und  
Inhaltsverzeichnis gratis beigegeben.  
Bestellungen sind an die Expeditionen derjenigen  
Arbeiterblätter, denen die „Neue Welt“ beiliegt,  
oder unter Befügung des Betrages an uns direct  
zu richten.  
Auch zu beziehen durch die Expedition d. Bl.

Abends  
bis 9 Uhr  
geöffnet.

**Vetter Michel!**  
Vetter Michel kam vom Dorf  
Der nach Breslau am Freitag;  
Einfach Möbel auf dem Kopf,  
Um den Hals ein buntes Tuch!  
Vetter Michel sah ich heut,  
Hätt' ihn bald nicht mehr erkannt,  
Trug Cylindber, Cadenej,  
Und 'nen Anzug elegant!  
Vetter Michel! grüßte froh:  
„Was, Sie hätten's nicht gedacht,  
Daß „Gold-BierundKebzig“ mich  
So billig fein gemacht?“

**Confirmanden-Anzüge**  
Ein Post. warme Herren-Ueberzieh.  
sonst 14—20 jetzt nur Mt. 8 an.  
Ein Post. komplette Herren-Anzüge  
sonst 18—22, jetzt nur Mt. 9 an.  
Ein Posten solide Herren-Anzüge,  
sonst 20—33, jetzt nur Mt. 12 an.  
Ein Posten warme Herren-Hosen,  
sonst 8—13, jetzt nur Mt. 4 an.  
Ein Posten solide Herren-Jaquets,  
sonst 10—14, jetzt nur Mt. 5 an.  
Ein Posten solide Herren-Anzüge,  
sonst 5—9, jetzt nur Mt. 2 an.  
Ein Post. u. arme Herr.-Schlafrocke,  
sonst 15—30, jetzt nur Mt. 3 an.

**Frack-Verleih-Institut.**  
Nur neue und elegante Sachen  
**„Goldene 74“**  
Ht., Ohlaustr. 74, I. Et.  
Elektrisch  
beleuchtet.

Im Verlage von  
**G. Stomke in Bielefeld**  
ist erschienen und durch alle Buch-  
handlungen und Colporteurs  
zu beziehen:  
**Die Bibel.**  
Ihre Entstehung u. Geschichte.  
Eine historisch-kritische Abhandlung  
zur Aufklärung des arbeitenden  
Volkes von  
**Domela Nieuvenhuis.**  
Hervorragende u. bedeutende  
Agitationschrift.  
64 S. eleg. broschirt. Preis 40 Pf.  
Wiederverkäufer erhält. hoh. Rabatt.  
Bestellungen direct beim Verlage  
sind 45 Pf. in Briefm. beizufügen.

**Vereins-Kalender.**

Breslau.  
Kranken-Unterstützungs-  
Bund der Schneider-Deutsch-  
lands. (E. S. Braunschweig). Jeden  
Dienstag Abends 8 Uhr: Kassen-  
abend im Gasthaus „zum roten  
Löwen“, Kupferschmiedestraße 21. —  
Gäste willkommen. Aufnahme neuer  
Mitglieder.  
Deutscher Schneider-Verband  
Jeden Dienstag Abends 8 Uhr:  
Kassenabend im Gasthaus „zum  
roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.  
— Gäste willkommen. Aufnahme  
neuer Mitglieder.  
Gesangverein der Stein-  
neben. Jeden Dienstag, Abends  
1/2 8 Uhr: Übungsstunde unter  
tüchtigem Dirigenten in Zabel's Lokal,  
Kleine Grobshengasse No. 15.  
Socialdemokratischer Arbeiter-  
verein Breslau-Land-Neumarkt.  
— Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr:  
Mitgliederversammlung im Local  
des Herrn Gutsmann in Pöpelwitz.  
— Alles Näheres daselbst.  
**Haynau.**  
Arbeiter-Gesangverein „Lieder-  
franz“. — Jeden Dienstag, Abends  
8 Uhr: Übungsstunde im Gast-  
hof „zum goldenen Löwen“. — Auf-  
nahme neuer Mitglieder.